

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl

Abg. Georg Winter

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde

Abg. Harald Güller

Abg. Hubert Aiwanger

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Manfred Pointner

Abg. Claudia Stamm

Abg. Prof. Dr. Georg Barfuß

Abg. Dr. Gabriele Pauli

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Erika Görnitz

Abg. Peter Meyer

Abg. Christine Kamm

Abg. Karsten Klein

Staatsminister Georg Fahrenschon

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Ich rufe gemeinsam die Tagesordnungspunkte 17, 18 und 19 auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2011) (Drs. 16/6879)

- Zweite Lesung -

hierzu:

**Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drs. 16/7835),
Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER (Drs. 16/7836 mit 16/7838),
Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/7839)**

und

**Haushaltsplan 2011/2012;
Einzelplan 13 - Allgemeine Finanzverwaltung -**

hierzu:

**Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/7893 mit 16/7912),
Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 16/7913 mit 16/7926),
Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 16/7927 mit 16/7934)**

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung

über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2011 und 2012 (Haushaltsgesetz - HG - 2011/2012) (Drs. 16/6880)

- Zweite Lesung -

hierzu:

**Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drs. 16/7840),
Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 16/7841 mit 16/7844),
Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/7845)**

Im Ältestenrat wurde für die gemeinsame Aussprache eine Gesamtredezeit von drei Stunden vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 45 Minuten, auf die SPD-Fraktion 28 Minuten, auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN jeweils 21 Minuten und auf die FDP-Fraktion 20 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich wie bisher an der Redezeit der stärksten Fraktion. Deshalb kann sie bis zu 45 Minuten sprechen, ohne dass sich die Redezeit verlängert. Außerdem hat der Ältestenrat auf Antrag der Kollegin Dr. Pauli beschlossen, ihr zu diesem Tagesordnungspunkt eine Redezeit von sieben Minuten einzuräumen.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich bereits jetzt darauf hin, dass beantragt worden ist, über die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7904, 16/7906, 16/7909, 16/7910, 16/7921, 16/7934 und 16/7840 einzeln und natürlich in namentlicher Form abstimmen zu lassen.

Nun eröffne ich die gemeinsame Aussprache. Als erster Redner hat sich für die CSU-Fraktion Herr Kollege Georg Winter gemeldet.

Georg Winter (CSU): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Als Erstes möchte ich den Mitgliedern des Haushaltsausschusses danken. Verehrte Kolleginnen, werte Kollegen, ich danke Ihnen dafür, dass Sie mit einer starken Präsenz, einer engagierten Mitarbeit und einer intensiven Sachdiskussion die Beratungen und Bemühungen um einen guten Haushalt so aktiv unterstützt haben. Dafür ganz herzlichen Dank. Namentlich darf ich meinen Stellvertreter, Herrn Kollegen Halb-

leib, nennen und ihm für die überaus gute Zusammenarbeit und das gute Klima im Ausschuss danken.

(Allgemeiner Beifall)

Schon Max Weber sagte, Politik bedeutet ein starkes, langsames Durchbohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß. Wenn man Haushaltspolitik betreibt, kann man dies gelegentlich erfahren, insbesondere dann, wenn man sich mit so umfangreichen Themen, Akten, zwei Gesetzen, einem Änderungsgesetz zur Schulfinanzierung, 350 Änderungsanträgen und einer ganzen Palette von Eingaben zu befassen hat. Wenn ich mich richtig erinnere, gab es allein zum Thema Privatschulen und Montessori-Schulen über 6.000 Eingaben. Da ist eine ganze Menge an Arbeit für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ausschussbüro, im Landtagsamt und natürlich auch in den Ministerien angefallen. Dafür sage ich herzlichen Dank.

Ich danke den Kabinettsmitgliedern, dass sie bei den Beratungen immer präsent waren. Ganz besonders gilt der Dank Ihnen, Herr Staatsminister Fahrenschon, und Ihnen, Herr Staatssekretär Pschierer, und den Damen und Herren Ihres Hauses. Wegen Fukushima und bestimmter anderer Anlässe kamen wir am Schluss sehr in Zeitnot, sodass sich alles zusammengeschoben und gedrängt hat. Trotzdem haben die Nerven bei allen mitgemacht. Wir haben es gut hinbekommen. Dafür noch einmal ganz herzlichen Dank.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Inhalt dieses Haushalts. Man kann ihm viele Überschriften geben. Heute morgen habe ich gesagt, es ist gelungen, eine Balance zu finden und damit den großen Herausforderungen unserer Zeit, die mit den Themen Bildung, Wissenschaft und Familie überschrieben sind, gerecht zu werden, in die Zukunft zu investieren und trotzdem ganz solide zu bleiben, wenn es darum geht, wie wir die Verantwortung für künftige Generationen sehen. Wir wollen keine neuen Schulden machen.

Einige Kernbotschaften dieses Haushalts: Keine neuen Schulden zu machen, ist für uns in Bayern, für die Staatsregierung und für die sie tragende Koalition ein Markenzeichen geworden. Auch die Oppositionsfraktionen haben im Vorfeld erklärt, dass es ihr Interesse sei, keine neuen Schulden zu machen, wenn ich dies richtig in Erinnerung habe. Deshalb gehört zu den Kernbotschaften die Aussage: Es gibt in diesem Haushalt keine Neuverschuldung. Wir haben sehr darauf geachtet, dass es ein echt ausgeglichener Haushalt wird, um der Opposition gleich ein Argument wegzunehmen. Wir haben 2011 auf innere Darlehen verzichtet. Nachdem es uns wieder besser ging, war es uns auch wichtig, die Rücklagen zu schonen. Es war 2009 und 2010 unumstritten, dass wir stark in die Rücklage greifen müssen. Niemand hat sich darüber beschwert. Jeder war froh, dass wir anschieben konnten, dass die Konjunktur wieder lief und wir eine Zehn-Prozent-Marge beim Haushalt 2009/2010 erreicht hatten. Wenn es jetzt aber wieder besser wird, müssen wir wieder darauf achten, dass nicht alles, was eingeht, sofort wieder ausgegeben wird. Deswegen haben wir die Steuermehreinnahmen von rund 560 Millionen Euro vom Dezember 2010 voll in die Rücklage eingestellt.

Sie kennen unsere drei Bestmarken; wir haben sie einhalten können. Wir haben unter den alten Ländern mit 12,1 % die höchste Investitionsquote. Wir haben die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung aller Bundesländer. Wir haben die geringste Zinslast aller Bundesländer. Diese drei Bestmarken kennzeichnen auch den Haushalt 2011.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

Damit verbunden ist die Tatsache, dass wir mehr Gestaltungsspielraum haben. Ich möchte Ihnen am Beispiel Nordrhein-Westfalens, das sich in den letzten Wochen und Monaten ein bisschen in die Schlagzeilen gedrängt hat, die Situation darlegen. Die Arbeitslosigkeit ist in Nordrhein-Westfalen doppelt so hoch wie bei uns.

(Dr. Martin Runge (GRÜNE): Rüttgers Club!)

Auch bei der Investitionsquote, für die sich in den letzten Tagen auch die SPD interessiert hat, gibt es einen interessanten Vergleich. Bei uns in Bayern werden pro Kopf

400 Euro investiert, in Nordrhein-Westfalen sind es 285 Euro. Wir machen keine neuen Schulden. Nordrhein-Westfalen legt 7,1 Milliarden auf einen hohen Schuldenberg von über 130 Milliarden Euro drauf. Die Zinsquote ist in Nordrhein-Westfalen dreimal so hoch wie in Bayern. Die Gesamtschulden betragen das Vierfache. Ich hoffe, dass wir in Bayern diese Werte nie erreichen. Doppelte Arbeitslosigkeit, dreifaches Zinsniveau und vierfache Schuldenquote sind für uns keine Vorbilder, sondern die Bestätigung, dass wir bei Solidität, Verlässlichkeit und Kontinuität bleiben müssen, damit wir auch Perspektiven geben können und ein attraktives Land für Unternehmer, Arbeitnehmer und für unsere Mitbürger und Gäste bleiben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Jetzt komme ich zum Thema Zukunft. Was sind Investitionen? Was bedeutet Zukunft? Diese Fragen stellen sich. Für Kinder, Familien, Bildung, Wissenschaft und Forschung stellen wir in diesem Haushalt 17,5 Milliarden Euro zur Verfügung. Das ist eine Summe, die sich sehen lassen kann. Ich bedanke mich herzlich bei allen, die dabei mitgeholfen und mit dazu beigetragen haben, andere Forderungen abzuwehren, damit diese Mittel hierfür bereitgestellt werden können.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Was haben wir im Haushaltsausschuss gemacht? Wir haben nicht nur Anträge abgelehnt, sondern uns die Mühe gemacht, zwischen diesen abzuwägen. Bei den Haushaltsberatungen war es ganz besonders wichtig darauf zu achten, dass wir unser Sparziel nicht verfehlen. Aus den Reihen der Opposition kamen viele Anträge. Aus diesem Grund haben wir wichtige Investitionsanträge zurückgestellt und am Schluss im Rahmen des Einzelplans 13 noch einmal aufgerufen, um eine Gesamtbetrachtung anzustellen und festzulegen, was wir umsetzen können.

Als Ergebnis der Beratungen konnten wir für den Doppelhaushalt 2011/2012 zusätzlich über 100 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Ich möchte dazu einige Stichworte nennen: Der Schulgeldersatz wird auf 87,5 Euro pro Monat erhöht. Dafür werden in

den beiden Haushaltsjahren 18 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Die Kirchenbaumittel für beide Konfessionen, evangelisch und katholisch, kommen aufgrund unserer Erhöhung von 2,1 Millionen Euro auf ein überdurchschnittliches Niveau von 8 Millionen Euro.

Wir haben uns intensiv mit der Pauschalierung der Sachkosten bei den Privatschulen beschäftigt. Wir danken dem Kultusministerium, dass es auf unsere Änderungswünsche flexibel reagiert hat. Wir konnten die Pauschale je Schüler und Jahr von ursprünglich 1.510 Euro auf 1.624 Euro erhöhen. Des Weiteren haben wir den Zeitraum der Anpassung der Spitzenwerte von fünf auf acht Jahre verlängert. Die Kosten bewegen sich bei den Privatschulen, die völlig unterschiedlich strukturiert und organisiert sind, zwischen 1.000 und 3.000 Euro pro Schüler und Jahr. Herr Kollege Klein, wir haben gemeinsam in der Revisionsklausel festgehalten, dass wir bei der Miete differenzieren wollen. Privatschulen, die Mieter sind, bekommen keine Baukostenzuschüsse und sind ausschließlich auf die Pauschale angewiesen. Wir wollen schon nach dem ersten Schuljahr mit der Überprüfung beginnen, damit wir rechtzeitig nachkorrigieren können.

Uns war es wichtig, das Hin und Her bei den Schülerinnen und Schülern, die eine Altenpflegeschule besuchen, zu beenden. Im letzten Jahr hat der Schulgeldausgleich erst 200 und dann 100 Euro betragen. Der Haushaltsausschuss hat beschlossen, dass der Schulgeldausgleich in Höhe von 150 Euro beibehalten wird, bis es zu einer Neuregelung kommt. Damit können die Träger dieser Schulen sicher kalkulieren. An dieser Stelle bedanke ich mich ebenfalls für den einstimmigen Beschluss.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Herr Staatsminister, für die Wissenschaft und die Denkmalpflege sind wir immer aufgeschlossen. Deshalb gibt es dafür eine Million Euro mehr. Für die Staatsbibliotheken stellen wir eine halbe Million Euro zusätzlich zur Verfügung. Sie und wir alle haben registriert, dass dahinter ein sehr qualifiziertes Handwerk steckt, das Kontinuität benö-

tigt. Wir wollten die erfahrenen Handwerker nicht im Stich lassen. Deshalb hat es eine Fortschreibung gegeben. Dieses Geld kommt gut an. Im Hinblick auf den Nachtragshaushalt wollen wir das weiter berücksichtigen.

Unsere Kollegen von der FDP, Herr Klein und Herr Dr. Barfuß, haben sich stark für die Wirtschaft engagiert. Sie haben sich dafür eingesetzt, dass wir für das Handwerk drei Millionen Euro mehr ausgeben. Wir werden, Herr Kollege Rotter, beim Schüler- und Berufsverkehr fünf Millionen Euro zusätzlich in den Etat des Wirtschaftsministers geben. Wir hoffen, damit Verbesserungen erzielen zu können. Der Staatsstraßenbau war uns ebenfalls sehr wichtig. Die Fraktionen von CSU und FDP wollen das Niveau des Jahres 2010 erreichen, indem wir zusätzlich rund 40 Millionen Euro für den Haushaltsansatz zur Verfügung stellen. Mit der Initiative der Staatsregierung gegen Frostschäden stellen wir noch einmal 25 Millionen Euro bereit. Damit können wir das Niveau des Vorjahres steigern.

(Beifall bei der CSU)

Uns ist nicht nur wichtig, Haushaltsansätze frühzeitig zu verändern, sondern auch frühzeitig an der Gestaltung der Leitlinien für erfolgreiche bayerische Politik mitwirken zu können. Deshalb haben wir in einigen Bereichen, die uns wichtig erschienen, gesagt: Wir, der Haushaltsausschuss, wollen, dass uns große Projekte vorgelegt werden, bevor mit der Planung begonnen wird. Darüber waren sich alle Fraktionen im Haushaltsausschuss einig. Das waren einstimmige Beschlüsse. Wir haben uns mit der Frau Justizministerin verständigt, dass sie uns über das Ergebnis des Wettbewerbs für ein neues Strafjustizzentrum informiert. Dann können wir entscheiden, ob das in Ordnung ist. Auf dieser Grundlage können die Mittel für die Planung freigegeben werden. Oft haben wir bei einigen Bauten, wie beim Steuerzentrum, beim Justizzentrum, oder bei der Neuen Pinakothek, feststellen müssen, dass nach wenigen Jahrzehnten immense Aufwendungen anstehen. Das stimmt sowohl die Exekutive als auch die Legislative äußerst nachdenklich. Das stellt uns vor die Frage: Was kann man tun, damit das besser wird? Herr Staatsminister Heubisch, wir würden uns gerne Neuem zuwenden, aber

wir bleiben beim Sanieren oder Modernisieren hängen. Wir haben große Mühe, da nachzukommen. Deshalb gibt es die Vorgabe, die Planung vorher einzureichen. Das betrifft zum Beispiel die neue Filmhalle in Grünwald, das Strafjustizzentrum in München, das "Zentrum für Nachhaltigkeit Wald" oder die zweite Stammstrecke der S-Bahn München.

Das darf niemand unterschätzen. Was gibt der Bund? In welchem Zeitraum werden die Mittel zur Verfügung gestellt? Nimmt er eine Deckelung vor? Was erklärt er für zwendungsfähig, wenn es zu Mehrkosten kommt? Wird gehandelt und geschachert? Wann steigt die Bahn aus, weil die Projekte nicht mehr wirtschaftlich sind? Diese ganzen Fragen wollen wir, bis der Bund entschieden hat, im Dialog nachhaltig aufklären. Wir wollen den Dingen nachgehen, damit wir bis zur Jahresmitte - dann steht die Olympiaentscheidung fest - wissen, was den Freistaat Bayern trifft. Die Risiken in Form von Kostensteigerungen kann hier niemand ausschließen. Das haben wir uns vorgenommen. Mit der Zusage des Wirtschaftsministers haben wir einen Vorbehalt bei der zweiten Stammstrecke eingebaut. Erst wenn der Ministerrat und der Haushaltsausschuss das Projekt genehmigen, wird gegenüber der Bahn als ausführendem Organ grünes Licht gegeben, so der Wirtschaftsminister.

Das war uns wichtig. Das hat Kraft gekostet und erfordert, miteinander zu reden. Das ist in unser aller Interesse. Genauso verhält es sich mit dem Thema Kunst und Kultur in München. Herrn Heubisch ist das bekannt. In den zurückliegenden Jahren haben wir enorme Investitionen getätigt. Für die Pinakothek der Moderne haben wir 200 Millionen Euro, für das Museum Brandhorst 48 Millionen Euro und für das Cuvilliés-Theater 25 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Die Filmhochschule mit dem Ägyptischen Museum bekommt heuer 100 Millionen Euro.

Wie geht es weiter? Heuer wird mit der Sanierung des Staatstheaters am Gärtnerplatz begonnen, die laufende Maßnahme an der Residenz weitergeführt und die Sanierung der Neuen Pinakothek vorbereitet. Sie werden in den letzten Tagen gelesen haben, dass 75 Millionen Euro dafür erforderlich sein werden. Wir sind also stark gefordert.

Das Nationaltheater wünscht ebenfalls Verbesserungen. Für den nebenstehenden Marstallplatz hat man auch Vorstellungen, was man tun könnte. Der Haushaltsausschuss war einstimmig der Meinung, dass die Sanierung Vorrang vor neuen Projekten haben müsse. Er hat sich darauf festgelegt, dass jede Neuplanung erst im Haushaltsausschuss besprochen werden muss. Wir werden diese und die nächste Legislaturperiode vollauf damit beschäftigt sein, den Katalog der Sanierungen und Modernisierungen abzuarbeiten.

Ich glaube, bei der Debatte hat jeder mitbekommen, dass wir uns aktiv für die Landeshauptstadt einsetzen und sie weiterhin attraktiv gestalten wollen. Wir ziehen da alle an einem Strang. Deshalb habe ich im Interview gesagt, dass wir auf unsere Landeshauptstadt stolz sind. Sie kann sich sehen lassen. Wir arbeiten daran weiter.

Manche sagen, der öffentliche Dienst sei zu kurz gekommen. Ich möchte hier Frau Kollegin Heckner Dank sagen, weil sie sich in den letzten beiden Jahren intensiv bemüht, sich abgerackert und notfalls mit den Männern in der CSU-Fraktion gestritten hat. Die Ergebnisse sind umfangreich und vielfältig. Sie können sich sehen lassen. Niemand hätte 2009, zu Zeiten der Wirtschaftskrise, als wir ein Minus von 5 % verzeichneten, geglaubt, dass die Dienstrechtsreform umgesetzt werden könnte. Zusätzlich wird die Arbeitszeit von 42 auf 40 Wochenstunden reduziert. Dadurch können mehr qualifizierte Ausbildungsplätze geschaffen werden. Das haben wir getan. Sie bieten den jungen Menschen zusätzliche Chancen. Die Altersteilzeit wird in Bayern weitergeführt, was nicht überall der Fall ist. Das Weihnachtsgeld bleibt auf hohem Niveau erhalten, die Jubiläumswendungen ebenfalls, und die Wegstreckenentschädigung wird nicht gekürzt. Die Dauer der Absenkung der Eingangsbesoldung haben wir von 24 auf 18 Monate, also um 25 %, zurückgenommen. Die Personalausgaben betragen 2010 17,2 Milliarden Euro und werden sich 2011 auf 17,6 Milliarden Euro belaufen. 400 Millionen Euro werden in diesem Jahr aus den unterschiedlichsten Gründen zusätzlich für Personal ausgegeben. Aus diesem Grund tue ich mir schwer, von einem "Sparhaushalt" zu sprechen; ich werde das Wort auch nicht mehr benutzen.

Meine Damen und Herren, beim Auftakt zum Einzelplan 02 für den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei hat die SPD die Investitionsquote angesprochen. Sie hat von einem "abgemagerten Haushalt" gesprochen. Darauf kann ich nur antworten: Der Haushalt 2011 hat 327 Millionen Euro mehr zur Verfügung als der des Vorjahres. Er kann also nicht abgemagert sein. Wir alle kennen das Leid, dass man dann, wenn man einige Kilo zugenommen hat, nicht von "abmagern" sprechen kann. Gut und schön ist, dass der Mehrbetrag von 327 Millionen Euro voll umfänglich in die Bereiche Bildung und Wissenschaft fließt, was dem Wunsch vieler entspricht, das zusätzliche Geld dort anzulegen.

Die SPD hat kritisiert, dass die Investitionsquote gesunken sei. Die Kolleginnen und Kollegen der SPD sollten dies nicht beklagen, wenn sich die SPD seit 20 Jahren dafür ausspricht, dass mehr für Familie, Kinder, Bildung und Wissenschaft getan wird. Die CSU setzt das mit der FDP in vorbildlicher Weise und konsequent um und tut mehr als gefordert. Man sollte dann also nicht über eine sinkende Investitionsquote klagen. Mehr als 100 % gehen nicht. Wir haben in den genannten Bereichen erhöht. Deshalb frage ich, warum sich die SPD selbst kritisiert.

(Susann Biedefeld (SPD): Komische Logik!)

Kollege Aiwanger konzentriert sich auf den ländlichen Raum. Ihm können wir sagen, wir wollen den ländlichen Raum weiterhin für uns behalten, ihn bestens unterstützen und versorgen. Deswegen halten wir den Wettbewerb aus. Uns ist es ein Anliegen, dass die Breitbandversorgung läuft und Dorferneuerung und Flurbereinigung auf gleich hohem Niveau weitergehen, dass wir beim Straßenbau die Anträge der FREIEN WÄHLER überbieten konnten, den Finanzausgleich auf eine neue Rekordhöhe mit plus 70 Millionen Euro gesteigert haben und dass die Bezirke nicht nur mit Geld, sondern auch durch rechtliche Veränderungen entlastet werden. Kollegin Görlitz wird einiges zum BAföG sagen. Wir haben den großen Ehrgeiz, und ich glaube, wir sind gut unterwegs, den ländlichen Raum vorbildlich zu fördern.

Mit den GRÜNEN wird es - so Staatsminister Dr. Söder, aber auch der Redner zum Einzelplan 12, Kollege Bachhuber - auf den Wettbewerb Bayern/Baden-Württemberg hinauslaufen. Man muss aber sagen, Sie haben von der CDU volle Hosen geerbt, mit denen man zunächst ganz gut stinken kann. Wir wollen uns dem Wettbewerb trotzdem stellen. Es wird sich zeigen, wie Sie Maßnahmen dort umsetzen, wenn es um Strommasten, Wasserkraftwerke, Pumpspeicherkraftwerke, Photovoltaik, Biomasse, Windräder, Investitionen und Veränderungen geht. Man kann wie der Kollege Hallitzky auf den Naturschutz und die FFH-Richtlinie verweisen. Man kann aber auch fragen, was die FFH-Richtlinie überhaupt noch zulässt. Beobachtet man drei Wochen lang eine Fläche, die so groß ist wie der Plenarsaal, wird man feststellen, dass sich selbst in diesem Raum Tiere bewegen und etwas stattfindet. Selbst unter dem Teppich kann man etwas finden.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Das ist peinlich!)

- Das ist nicht peinlich.

Überall dort, wo investiert werden soll, kommen die Mitglieder des Bundes Naturschutz, die eng mit den GRÜNEN vernetzt sind, und stellen fest, dass es dort Lebewesen gebe und eine intakte Natur vorhanden ist. Man muss nur lange genug hinsehen. Wird das zum Maßstab genommen, könnte in Bayern nichts mehr verändert werden.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, es ist im wahrsten Sinne des Wortes Halbzeit. Wir befinden uns in der Kabine. Der Trainer hält die Ansprache. Ich hatte nie die Chance, Trainer zu werden und das große Geld zu verdienen. Man muss aber fairerweise hinzufügen, dass sie gelegentlich kurze Verträge haben.

Was haben wir erreicht? Wo stehen wir? Um das aufzuzeigen, möchte ich ein Beispiel herausgreifen. Der Arbeitsmarkt ist für die aktiv Beschäftigten am wichtigsten. Daraus ergibt sich, wo sie ihren Beruf ausüben, ihr Geld verdienen und wie sie für ihre Familie

sorgen können. Der bayerische Arbeitsmarkt weist derzeit gute Daten auf. Bayern führt und hat mit 95,7 % die höchste Beschäftigtenquote in Deutschland, also eine Arbeitslosigkeit von 4,3 %, mit der Chance, dass es in den nächsten Wochen und Monaten noch besser wird. Das sind die Perspektiven für diesen heutigen schönen Frühlingstag.

Erfreulich ist auch, dass wir in Ober- und Mittelfranken mit 5,1 % besser sind als Rheinland-Pfalz und viel besser als der deutsche Durchschnitt und noch viel besser als Nordrhein-Westfalen.

(Susann Biedefeld (SPD): Das ist für die Mittelfranken ein schwacher Trost!)

- Diese beiden Regierungsbezirke, Frau Kollegin Biedefeld, liegen im deutschen Ranking bereits an dritter Stelle nach Baden-Württemberg und Bayern. Ich möchte Sie damit nicht motivieren, ein eigenes Bundesland zu schaffen. Ich will damit nur sagen, dass diese beiden Regierungsbezirke im bundesweiten Vergleich sehr weit vorne liegen.

Meine Damen und Herren, dieser positive Zwischenstand zeigt, dass wir im wirtschaftlichen Bereich das schlimmste Kapitel der Finanz- und Bankenkrise überstanden haben. Trotzdem möchte ich ein Thema nicht weglassen, nämlich Landesbank und Sparkassen. Ich habe es bereits in der Ersten Lesung gesagt, dass es nur eine Gruppierung im Landtag gibt, die bei dem Thema nicht betroffen war. Das ist die FDP. Alle anderen haben in unterschiedlicher Form mitgewirkt.

(Beifall bei der CSU - Christa Naaß (SPD): Vor allem wir! - Ulrike Gote (GRÜNE):
Wir haben abgelehnt!)

- Frau Gote, ich habe Ihnen in der Ersten Lesung auf Wunsch von Herrn Aiwanger dargelegt, dass bei den Sparkassen drei Farben dabei waren. Die GRÜNEN gehören schon länger dem Landtag an. Das ist der Punkt.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Sagen Sie konkret, wo wir dabei waren! Das ist eine Lüge! Wir waren nirgends dabei! Das ist glatt gelogen! - Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

- Frau Kollegin Gote, ich würde Ihnen im Umgang mit solchen Wörtern Vorsicht anraten. Ich frage Sie, warum Sie nicht beantragt haben, dass der Erwerb der HGAA ins Parlament muss.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Sie haben gesagt, wir wären dabei gewesen! Von uns war niemand in diesen Gremien!)

- Das ist richtig. Letzteres habe ich jedoch nicht gesagt. Das wollen Sie mir anhängen. Ich habe gesagt, bei dem Thema - -

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die im Gremium sind, sind unschuldig, und die, die außen sind, sind schuld! - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege, Sie haben das Wort, nicht das Publikum.

Georg Winter (CSU): Sie versuchen, das Thema auf das Gremium zu reduzieren.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Auf was denn sonst?)

- Das habe ich nicht gesagt. Ich habe mit dem Thema eingeleitet - hören Sie doch bitte zu.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Da kommen Sie nicht mehr heraus!)

- Sie können doch gar nichts aufnehmen, wenn Sie nicht zuhören.

(Ulrike Gote (GRÜNE): So etwas wollen wir nicht aufnehmen! - Gegenruf von der CSU: Sie will nichts aufnehmen!)

Warum haben Sie als Oppositionsfraktion im Landtag nicht gefordert: "Wenn für 1,6 Milliarden Euro eine Bank erworben wird, dann muss darüber im Parlament mitberaten und mitentschieden werden"? Ich frage mich, warum Sie das nicht gefordert haben.

(Beifall bei der CSU - Harald Güller (SPD): Die Parlamentarier sind erst einen Tag nach dem Kauf im Haushaltsausschuss informiert worden! Am 23. Mai! Das ist die Wahrheit! - Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie haben es doch selber nicht einmal gewusst! - Weitere Zurufe von der SPD und den FREIEN WÄHLERN - Glocke des Präsidenten)

Das können wir gern vertiefen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ja, gern!)

Dazu haben wir noch zweieinhalb Jahre Zeit. Ich denke, Sie bleiben an dem Thema dran; wir bleiben an dem Thema auch dran.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Getrieben!)

Als Mitglied der Regierungskoalition sage ich Ihnen: Nach meinem Verständnis berührt es die Existenzfrage des Parlaments, wenn über ein solches Thema hier nicht beraten wird. Das ist mein persönliches Verständnis zu diesem wichtigen Vorgang.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Da haben Sie recht! - Harald Güller (SPD): Da sind wir beieinander!)

Lieber Kollege Güller, ihr hattet viel Zeit, darüber zu reden, wer von euch was gewusst hat und wer was signalisiert hat. Das können wir gern an anderer Stelle fortsetzen. Ich habe keine Scheu, die Dinge offen anzusprechen, so, wie ich sie persönlich empfinde. Da bleibe ich mir treu.

Kommen wir zu dem, was erreicht wurde. Am Anfang der Legislaturperiode standen die Landesbank und der gesamte bayerische Sparkassensektor vor einer riesigen He-

rausforderung. Damals, in einer existenziellen Krise, ging es um die Frage: Wie geht es weiter? Das kann wohl jeder nachvollziehen. Die weltweite Finanzkrise schlug mit großer Wucht auf den Bankensektor durch. Der Freistaat hat schnell gehandelt und die erforderlichen Maßnahmen zur Stützung der BayernLB in eigener Verantwortung geschultert. Diese Maßnahme - keinem in diesem Haus ist die Zustimmung dazu leichtgefallen - zeigt heute, zur Mitte der Legislaturperiode, bereits einen großen, wichtigen Effekt: Die bayerischen Sparkassen, die massiv bedroht gewesen wären, wenn sie damals entsprechend ihrem hälftigem Anteil die Stützungsmaßnahmen für die BayernLB hätten mitfinanzieren müssen, sind heute - Gott sei Dank! - wirtschaftlich wieder obenauf. 2009 und 2010 waren für die Sparkassen sowohl im Einlagen- als auch im Kreditgeschäft sehr erfolgreiche Jahre. Das ist ein wichtiger Teilerfolg bei der Bewältigung der schwierigen und komplexen Aufräumarbeiten im Zusammenhang mit der BayernLB.

Bei der BayernLB selbst haben Vorstand und Verwaltungsrat bereits wichtige Schritte eingeleitet. Maßgebliches Ziel bleibt es, die Bank bis zum Schluss der Legislaturperiode in eine gute Ausgangsposition zu bringen, auf deren Grundlage sie mit einer tragfähigen Geschäftsstruktur in eine gute Zukunft blicken kann. Hierbei gilt es unter Beachtung der beihilferechtlichen Vorgaben und der Kooperation mit den Sparkassen für die BayernLB eine Aufstellung zu finden, die den Interessen des Freistaates, den Interessen der Mitarbeiter, aber auch den Interessen der Steuerzahler gerecht wird. Wir sind ein gutes Stück vorangekommen, aber noch nicht am Ziel. Für die zweite Halbzeit haben wir noch eine große Herausforderung zu bewältigen. Entscheidend ist es, zu einem guten Abschluss des EU-Beihilfverfahrens für die BayernLB und die Sparkassen zu kommen.

Welche Ziele haben wir uns für die zweite Halbzeit gesetzt? Das ist wichtig zu wissen, wenn man aus der Kabine kommt. Was steht an, was wollen wir noch erledigen?

Wir haben uns ehrgeizige Ziele gesetzt. Wir wollen die offenen Zusagen, zum Beispiel die Erhöhung des Schulgeldersatzes bei Privatschulen auf 100 Euro, im nächsten Doppelhaushalt einlösen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die positive wirtschaftliche Entwicklung - wir hoffen, sie hält an - soll genutzt werden, um die Rücklagen wieder aufzufüllen. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wie hoch die Rücklage sein muss, wenn der Landeshaushalt eine Größenordnung von mehr als 40 Milliarden Euro hat. Es gibt zahlreiche Wünsche, die an uns herangetragen werden, nicht nur der Wunsch nach der Gewährleistung von Sicherheit, sondern auch solche, die über unsere gesetzlichen Verpflichtungen hinausgehen. Auch in den Bereichen Erwachsenenbildung, Musik, Sport und Jugendförderung soll es Kontinuität geben. Auch dort soll es nicht rückwärts gehen, sondern es soll Verlässlichkeit herrschen.

Es geht weiter, vom Kirchenbau über die Infrastruktur bis hin zum Ausbau des Breitbandnetzes. Überall gibt es den Wunsch, auf der Grundlage verlässlicher Daten über Jahre hinweg planen und arbeiten zu können. Wenn wir all das erreichen wollen - übrigens kommt noch die neue Herausforderung des ökologischen Umbaus hinzu -, aber gleichzeitig einen Haushalt anstreben, der ohne neue Schulden auskommt, dann kann uns nur eines helfen: hohe Rücklagen, wie wir sie 2009 hatten, am besten mindestens 10 % des Haushaltsvolumens. Damit können wir Schwankungen ausgleichen, ohne bei den Empfängern permanent mit Kürzungen reagieren zu müssen.

Wir wollen das Grundstockdarlehen auch 2012 nicht in Anspruch nehmen und auf den geplanten Verkauf unserer Eon-Aktien verzichten. Den Versorgungsfonds wollen wir wieder bedienen und den ökologischen Umbau schneller anpacken. Unser großer Ehrgeiz ist es, wie schon erwähnt, auch in der zweiten Halbzeit der Legislaturperiode ohne neue Schulden auszukommen.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Abschluss. Der ausgeglichene Haushalt ist für uns ein Wert an sich.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Erinnern wir uns an die intensive Debatte, die 2000 mit der Frage begann: Soll man das anpacken? Wie kann man es umsetzen? - Als 2004/2005 die erste Wirtschaftskrise einsetzte, haben viele Länder von dem Ziel eines ausgeglichenen Haushalts wieder Abstand genommen. Wir sind dageblieben und hatten uns auch für das Jahr 2006 entsprechend festgelegt. Das Prinzip, stets nur Haushalte ohne neue Schulden vorzulegen, haben wir - von dem Ausnahmeereignis Landesbank abgesehen - bis zum heutigen Tag durchgehalten. Es ist für uns entscheidend, dass wir daran festhalten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das Budgetrecht ist unsere stärkste Kompetenz als Parlament. Unsere Aufgabe als Volksvertreter ist es, dieses Recht kraftvoll wahrzunehmen, damit wir die Leitlinien für ein erfolgreiches Bayern gut gestalten können.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege Winter. Bitte bleiben Sie noch vorn. - Zu einer Zwischenbemerkung hat sich Kollege Harald Güller von der SPD-Fraktion gemeldet. Bitte schön.

Harald Güller (SPD): Herr Kollege Winter, in einem Punkt stimmen wir überein, nämlich darin, dass ein Kauf wie der der Hypo Group Alpe Adria nicht am Parlament vorbei hätte erfolgen dürfen.

(Beifall bei der SPD)

Genau das fällt dem Verwaltungsrat, dem Vorstand der BayernLB, aber auch der damaligen Bayerischen Staatsregierung vor die Füße; denn er bzw. sie hatte das Thema

nicht in den Landtag gebracht. Wir müssen darüber nachdenken, ob wir die Gesetze so ändern, dass das Eingehen solcher Verpflichtungen künftig vor dem Parlament diskutiert werden muss.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens scheint Sie Ihr Gedächtnis hinsichtlich des damaligen Ablaufs ein bisschen im Stich zu lassen. Der Bayerische Landtag - ich sage ausdrücklich: alle Kolleginnen und Kollegen dieses Hauses - wurde einen Tag nach dem Kauf am 23. Mai 2007 darüber informiert, dass dieser bereits abgeschlossen wurde. Es gab keine Abstimmung darüber in diesem Haus. Die erste Abstimmung fand im Jahr 2008 statt.

(Zuruf von der CSU)

- Seien Sie doch ruhig! Sie haben keinen blassen Schimmer, quaken aber dazwischen; das finde ich ganz toll.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CSU: Sehr charmant, der Herr Güller!)

Die erste Beschäftigung des Bayerischen Landtags im Sinne einer Abstimmung erfolgte im Jahr 2008 im Rahmen der Haushaltsberatungen. Es gilt festzustellen, dass die komplette CSU-Fraktion der Kapitalerhöhung zugestimmt hat, während es Anträge der SPD-Fraktion und der GRÜNEN-Fraktion gab, diese Kapitalerhöhung nicht vorzunehmen. Deswegen können wir sagen, dass sowohl die SPD-Fraktion als auch die GRÜNEN-Fraktion gegen die Kapitalerhöhung gestimmt haben. Das ist die Wahrheit und nichts anderes, Herr Kollege.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Winter, Sie dürfen erwidern. Aber danach gibt es eine weitere Zwischenbemerkung.

Georg Winter (CSU): Bitte sehr.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Winter, Sie haben - -

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Stopp! Moment! Erst darf Herr Winter erwidern, dann gibt es die Zwischenbemerkung. Ich wollte ihn nur vom Weglaufen abhalten, damit Sie gleich auch noch parlieren können.

Georg Winter (CSU): Kollege Güller, soweit Sie die Fakten vorgetragen haben und diese zutreffend sind, kann man dem nur zustimmen. Ich kann jetzt nicht nachverfolgen - das können Sie besser feststellen -, ab wann die damals handelnden Personen, die engstens eingebunden waren, die Erstinformation hatten. Das bedürfte der Klärung.

(Harald Güller (SPD): Schreiben von Herrn Faltthäuser vom 23. Mai 2007 an Herrn Ach!)

- Sie haben zitiert. Die Frage ist: Gab es damals im Haushaltsausschuss einen Ansprechpartner Ihrer Fraktion? Ich nenne jetzt keinen Namen. Gab es da eine frühzeitigere Information, sowohl an den Vertreter der SPD als auch an den der GRÜNEN? Meine konkrete Frage ist: Wie haben Sie, die SPD, - Sie haben sich ja auf das Schreiben bezogen - am Tag danach reagiert? Ich erkenne nicht, dass da die Forderung kam: Das muss ins Parlament. Eine solche Reaktion ist mir nicht bekannt. Sie können mir die Information darüber aber gern zukommen lassen.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Aiwanger hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Winter, Sie haben vorhin gesagt, Ihr Ziel sei der ausgeglichene Haushalt. Einer Ihrer Kollegen hat vor wenigen Stunden gesagt, ein ausgeglichener Haushalt sei keine Kunst, es gehe auch über Schulden, man müsse einen Haushalt ohne Neuverschuldung präsentieren können. Ich stelle fest: In Ihren Planungen für die nächsten Jahre ist auch enthalten, Eon-Anteile zu verkaufen. Sie blenden aus, dass die Schulden auf

kommunaler Ebene massiv steigen. Sie greifen in das Grundstockvermögen ein. Halten Sie diesen Haushalt für ausgeglichen oder für einen Haushalt ohne Neuverschuldung?

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Winter, bitte.

Georg Winter (CSU): Wir müssen bei den Begriffen aufpassen. Von einem ausgeglichenen Haushalt reden wir sowohl im staatlichen wie auch im kommunalen Bereich dann - jedenfalls in der Regel -, wenn es ein Haushalt ohne neue Schulden ist. Ausgeglichen kann ein Haushalt aber auch sein, wenn er Schulden hat.

Bei unserem CSU-Markenzeichen geht es uns darum, dass der Haushalt den Ausgleich schafft, ohne dass neue Schulden aufgenommen werden.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen habe ich hier und heute gesagt: Dank unseres Ehrgeizes sind wir besser geworden als im letzten Jahr, weil der Haushalt 2011 ohne Inanspruchnahme des Grundstockvermögens ausgeglichen ist. Das ist für 2011 gelungen. Ich habe unter den Zielen aufgeführt, dass wir diesen Zustand auch für 2012 erreichen wollen. Diese Zielmarke soll auch für die gesamte zweite Halbzeit gelten.

(Beifall bei der CSU)

Bei den Kommunen, die sich oft beklagen, ist es so wie auch sonst im Leben. In der Tat entwickeln sich die Dinge auf kommunaler Ebene auseinander. Die Reichen werden reicher und die Armen ärmer. Das hat mit unterschiedlichen Fakten zu tun.

Was wir tun können, Herr Aiwanger, ist erstens die Beibehaltung des kommunalen Finanzausgleichs, zweitens ein Aushandeln mit den Spitzenverbänden und drittens darauf zu achten, wie innerhalb der kommunalen Familie die Wünsche und Prioritäten gesetzt werden.

Der Finanzminister hat versucht, an dem einen oder anderen Punkt während der Verhandlungen zu sagen: Tun wir doch lieber noch ein bisschen mehr für die Schwächeren. Die Frage ist allerdings, ob die Schwächeren genügend Lobby haben. Dies ist jedenfalls eine Frage des Austarierens. Es gibt natürlich viele verschiedene Wünsche und viele verschiedene Meinungen. Dazu kann ich als einer, der 20 Jahre lang aktive Kommunalpolitik im Beruf und im Ehrenamt betrieben hat, sagen: Der bayerische kommunale Finanzausgleich ist sehr gut.

Wir sind stolz auf diesen Haushalt.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Weitere Zwischenbemerkungen werden nicht gemacht.

Georg Winter (CSU): Ich habe noch etwas nachzutragen. - Unsere Zielsetzung ist, Eon möglichst nicht veräußern zu müssen. Ich habe die Reihenfolge unserer Ziele genannt. Sie können sie im Protokoll nachlesen.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Für die SPD-Fraktion darf ich dem Kollegen Volkmar Halbleib das Wort geben.

Volkmar Halbleib (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Finanzminister, Herr Staatssekretär! Lieber Kollege Winter, bevor ich unfreundlichere Ausführungen mache, darf ich mich für den Dank bedanken und darf ihn für die kollegiale Zusammenarbeit zurückgeben. Dies tue ich mit einer Einschränkung, die wir schon im Ausschuss intensiv besprochen haben, was die Tischvorlagen und die Dauer der Beratungszeit betrifft. Ich denke, da werden wir noch etwas nacharbeiten.

Zum Inhaltlichen muss ich allerdings genauso deutlich, wie ich mich gerade für die formal gute Zusammenarbeit bedankt habe, sagen: Nach zwei Monaten Haushaltsberatung im Haushaltsausschuss und der dreitägigen Debatte hier im Plenum bin ich enttäuscht darüber, dass man im Prinzip die gleiche Rede halten muss wie bei der

Einbringung des Doppelhaushalts. CSU und FDP haben nämlich leider nicht die Kraft aufgebracht - von bestimmten Veränderungen abgesehen, die Herr Kollege Winter dargestellt hat -, den Etatentwurf der Staatsregierung so zu verändern, dass man guten Gewissens von einem Aufbruch in Bayern reden könnte. Davon kann nicht die Rede sein.

(Beifall bei der SPD)

Es waren nicht hinreichende Veränderungen. Die inhaltlichen Defizite des Etatentwurfs der Staatsregierung sind CSU und FDP bekannt. Diese Fraktionen haben eine Chance vertan, obwohl die Steuermehreinnahmen für 2010 gegenüber der Bekanntgabe des Entwurfs mindestens 600 Millionen Euro betragen und Rückflüsse aus dem Länderfinanzausgleich in Höhe von 430 Millionen Euro zur Verfügung stehen.

Sie haben nicht die Kraft gehabt, die fundamentalen Schwächen des Haushalts konsequent auszumerzen. Deshalb bleibt die Erkenntnis: Ein Aufbruch Bayerns findet mit diesem Doppelhaushalt 2011/12 definitiv nicht statt.

(Beifall bei der SPD)

Dann gab es Änderungen, die CSU und FDP sprichwörtlich in letzter Sekunde im Entwurf des Doppelhaushalts vorgenommen haben, insbesondere beim Einzelplan 13 und beim Haushaltsgesetz. Diese Fraktionen haben sich wahrscheinlich für den Entwurf der Staatsregierung doch etwas geschämt, aber vor allem auch dafür, dass die Staatsregierung und die Regierungsfaktionen den Entwurf als Aufbruch zelebriert haben, obwohl aus vielen Teilen das Gegenteil spricht.

Gerade diese Änderungen, Herr Kollege Winter, zeigen die Schwächen des Haushalts noch deutlicher, als es jede Oppositionskritik aufzeigen könnte.

Ein wunderbares Beispiel ist der Staatsstraßenhaushalt. CSU und FDP wollten uns doch tatsächlich den Staatsstraßenhaushalt im Entwurf der Staatsregierung als Aufbruch verkaufen. Der Staatsstraßenbau stand im Aufbruchpaket. Die Wahrheit waren

aber massive Kürzungen. Diese waren trotz der massiven Finanzierungsprobleme der Straßenbauämter und trotz der mittlerweile Bände füllenden Mahnungen des Obersten Rechnungshofs vorgesehen.

Die Staatsregierung musste zurückrudern. Es ging um 25 Millionen Euro für die Sanierung von Staatsstraßen. Das Geld ist dringend überfällig, und zwar unabhängig davon, ob die Winter streng oder nicht streng sind. CSU und FDP mussten auch zurückrudern bei der Aufstockung von Mitteln um 41 Millionen Euro für 2011.

Aber was passiert 2012? Ich lese immer etwas von einem Doppelhaushalt 2011/12. Was heute beschlossen wird, gilt ja auch für 2012.

Für das nächste Jahr sehen Sie offenbar einen dramatischen Absturz der Finanzierung der Staatsstraßen vor. Es ist ein Absturz um 80 Millionen Euro. Sie entfachen ein Strohfeuer für 2011, aber 2012 löschen Sie die Flamme. Das ist inakzeptabel und unseriös.

(Beifall bei der SPD)

Was ist das für eine Haushaltspolitik bei einer zentralen Infrastrukturaufgabe? Hier wird ein Wackelkurs geboten, der seinesgleichen sucht. Wenn der Aufbruch für Bayern so unstetig aussieht, dann gute Nacht!

Der "Dank" der SPD-Fraktion geht an den Innenminister Herrmann für seinen Beitrag zur Ehrlichkeit in diesem Bereich durch sein wunderschönes buntes Faltblatt, das Sie alle kennen. In dem Faltblatt sind die Gesamtausgaben der Staatsbauverwaltung dargestellt. Da gibt es einen Balken für 2011 und einen für 2012.

Nun will man uns erzählen, dass der drastische Rückgang von 2011 nach 2012 für Bayern ein Aufbruch sein soll. Einen Aufbruchshaushalt schaffen Sie noch nicht einmal mit Ihrer wunderbar begnadeten Aufbruchsrhetorik. Den bekommen Sie nicht hin, weil er inhaltlich nicht wahr ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich schaue nun auf die Rückseite. Da zeigen Sie den "Mut", zu Ihrem eigenen Haushaltsentwurf zu stehen. Unten sieht man die Balken zur Staatsstraßenfinanzierung. Für 2011 ist ein Balken enthalten. Bei einem Doppelhaushalt 2011/12 muss man doch auch eine Darstellung für 2012 erwarten. Aber das Papier ist plötzlich zu Ende. Der Balken fehlt. Das bedeutet doch: Sie trauen sich noch nicht einmal, ihr Haushaltskonzept für 2012 in den Werbemaßnahmen der Staatsregierung darzustellen. Das ist ein finanzpolitisches und infrastrukturelles Armutszeugnis.

(Beifall bei der SPD)

Es ist auch keine Haushaltspolitik mit Sinn und Verstand, wenn Sie ohne klare Perspektiven und Ausrichtungen - Sie haben von Zielen gesprochen, Herr Kollege Winter - und ohne Planungssicherheit für diejenigen, die sich um die Infrastruktur in diesem Freistaat kümmern müssen, vorgehen.

Was bei den Staatsstraßen passiert, geschieht an vielen anderen zentralen Punkten dieses Doppelhaushalts auch. 2011 finden sich viele Kürzungen und mit Ach und Krach auch manche normale Mittelausstattung. Aber im Jahre 2012 gibt es deutliche Rückschritte, Kürzungen und völlig offene Baustellen.

Fakt ist, Sie haben diesen Doppelhaushalt 2011/2012 in eine Schiefelage gebracht. Sie beschließen einen schiefen Doppelhaushalt. Insofern legen Sie in Wirklichkeit nur formal einen Doppelhaushalt vor. Inhaltlich ist das ein Haushalt für das Jahr 2011 mit einem angeschlossenen Fragezeichenhaushalt für 2012. Das ist weder stetig noch verlässlich. Es ist nicht solide; es lähmt die Arbeit der Verwaltung und verunsichert diejenigen, die planen und vorausschauen müssen. Zahlreiche Projekte hängen in der Luft, die Kommunen werden im Ungewissen gelassen, die notwendige Verlässlichkeit für Institutionen und Einrichtungen fehlt. Das ist keine solide Finanzpolitik.

(Beifall bei der SPD)

Ich greife einen weiteren Punkt auf, wo Sie Änderungen vorgenommen haben und da sage ich: Gott sei Dank. Aber man muss dennoch genau hinsehen. Bei der Betreuung von Menschen mit Behinderung haben Sie einen Haushaltsentwurf vorgelegt, den Sie als "Aufbruch Bayern" bezeichnen. Sie haben jedoch Kürzungen vorgenommen bei den dringend notwendigen Versorgungsstrukturen für ältere Behinderte, die nach dem Besuch der Werkstätten eine Betreuungsstruktur brauchen. Das ist eine zentrale Aufgabe. In diesem Bereich hat die Staatsregierung im Entwurf gekürzt; es wurden Mittel gestrichen. Das ist ein sozialer Skandal. So kann man das durchaus nennen. Darüber hinaus haben Sie auch im Behindertenplan die Mittel drastisch gekürzt. Gleichwohl haben Sie diesen Haushaltsentwurf als "Aufbruch" bezeichnet.

Wenn Sie nun für 2011 Mittel für die Versorgungsstruktur vorsehen, weil Sie sich draußen vor Ort mit diesem Haushaltsentwurf sehen lassen wollen und sich nicht dafür schämen wollen, dass Sie von "Aufbruch" sprechen und es dann für das Jahr 2012 in Ihrer eigenen Vorlage heißt, dass diese Mittel künftig wegfallen, frage ich Sie: Was ist das für eine Sozialpolitik? Was für ein Signal ist das für die Behinderten, wenn Sie sagen, 2011 machen wir etwas und 2012 fällt alles wieder weg? Das ist inakzeptabel.

(Beifall bei der SPD)

Das Gleiche gilt für die Baudenkmalpflege. Darüber haben wir schon beim Einzelplan 15 geredet. Auch das ist ein zentraler Punkt dieses Einzelplans. 2011 wird eine Million Euro zusätzlich aufgenommen; das ist auch sinnvoll. 2012 fällt diese Summe wieder weg.

Sie fahren auch hier einen unglaublichen Zickzackkurs. Das Gleiche gilt für die Staatsbibliothek. Ich könnte viele weitere Beispiele bringen, will das aber aus Zeitgründen nicht tun.

Aber man muss da doch fragen, lieber Kollege Winter und weitere Kollegen im Haushaltsausschuss: Wenn wir Änderungsanträge im Ausschuss einbringen, um diese Schiefelage zu korrigieren, und wenn wir dringend notwendige Verbesserungen durch-

setzen wollen, warum kommt dann immer das ewig gleiche Mantra, wie vorgestanzt "Es geht nicht; wir wollen eine solide Finanzpolitik"? Es wird Zeit, endlich ehrlich zu sein. Sagen Sie doch, dass Sie deshalb so viele Kürzungen im Doppelhaushalt vornehmen und deswegen so viele Maßnahmen und Projekte ablehnen, dass Sie Verbesserungen bei Bildung, Familie und Soziales, Umwelt, Infrastruktur und Wissenschaft, Kultur und Ehrenamt ablehnen, nicht weil Sie eine solide Finanzpolitik machen wollen, sondern weil Sie Haushaltsprobleme haben, die das Ergebnis der von Ihnen betriebenen unsoliden Finanzpolitik sind.

(Beifall bei der SPD)

Diese unsolide Finanzpolitik ist der Grund, warum Sie in der eben geschilderten Art und Weise agieren.

Ich komme nun zum Thema Landesbank. Dieses Thema ist auch schon gestreift worden. Es ist dies eine massive, gravierende Belastung der Haushalte der kommenden Jahre. Ich halte es für Chuzpe - eigentlich könnte man schon von Frechheit sprechen -, wenn uns Georg Schmid von der CSU, Verwaltungsrat a. D. der Landesbank, hier vorrechnet, dass unsere Änderungsanträge 330 Millionen Euro mehr kosten würden. Sie, Herr Schmid, haben durch Ihr dokumentiertes Verschulden bei der Landesbank einen Schaden für den Freistaat Bayern von mehr als 3,75 Milliarden Euro zu verantworten. Insgesamt ist es ein Schaden von 10 Milliarden; die Zinsen betragen 372 Millionen Euro im Jahre 2011 und 384 Millionen Euro im Jahre 2012. Da wollen Sie uns vorhalten, dass unsere Vorschläge im Umfang von 330 Millionen Euro unsolide sind.

(Georg Schmid (CSU): Sie müssen sich schon genau ansehen, um was es geht!)

Ihre Finanzpolitik der Vergangenheit ist unsolide und darunter sollen die Menschen in Bayern nach Ihrer Auffassung jetzt leiden.

(Beifall bei der SPD)

Seien Sie in Zukunft ehrlich, lassen Sie allen Popanz weg, reden Sie nicht von solider Finanzpolitik, sondern sagen Sie einfach: Wir haben bei der Landesbank massiv Fehler gemacht. Deshalb können wir jetzt beispielsweise bei den Lebensmittelkontrollen und auch bei den Waffenkontrollen nur das Notwendigste durchziehen. Sagen Sie, dass Sie wegen der Landesbank die längst überfälligen Verbesserungen für den überlasteten Justizbereich nicht tätigen können. Mehr Richter, Staatsanwälte, Rechtspfleger und Justizvollzugsbeamte sind nicht möglich. Sagen Sie, dass die Kommunen aufgrund des Landesbankdebakels bei der Krankenhausfinanzierung massive Kürzungen hinnehmen müssen, und sagen Sie, dass die Bezirke wegen der Landesbank mit den steigenden Anforderungen bei der Fürsorge für die Behinderten allein gelassen sind. Das wäre haushaltspolitische Ehrlichkeit.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie den Firlefanz mit der soliden Finanzpolitik weg und sagen Sie, woran das Debakel außerdem noch liegt, nämlich an Ihrer Steuerpolitik. Ich nenne da nur das "Wachstumsbeschleunigungsgesetz". Ich lasse die Bereiche Kinderfreibetrag und Kindergeld weg und ich nenne lediglich das Hotelsteuerprivileg, von dem sich mittlerweile auch die bayerische FDP-Vorsitzende distanziert, weil sie das offensichtlich genauso sieht wie wir. 90 Millionen Euro pro Jahr Vergünstigung für Erben, 180 Millionen Euro pro Jahr Vergünstigungen für bestimmte Unternehmen! Sagen Sie ehrlich, dass Sie wegen Ihrer eigenen Steuerpolitik, Ihres "Wachstumsbeschleunigungsgesetzes" beispielsweise faktisch keine zusätzlichen Lehrer an die Schulen bringen können, dass Sie wegen dieser Steuerpolitik die Schulsozialarbeit nicht ausweiten können und dass Sie wegen dieser Steuerpolitik die Jugendarbeitsmittel kürzen müssen wie auch die Mittel für Sportvereine und Ähnliches. Wenn Sie sich dazu bekennen, ist das ein Beitrag zur Ehrlichkeit in diesem Hohen Hause.

(Beifall bei der SPD)

Ich könnte das gleiche Spiel bei der Wohnraumförderung, bei der Städtebauförderung, bei den Mitteln für die Staatsstraßen und beim Bereich Soziales machen. Es ist ein Eiertanz ebenso wie bei den Altenpflegeschulen oder bei der Umsetzung der UN-Konvention im Sozialhaushalt. Auch das kostenfreie Kindergartenjahr gehört zu den Punkten. Sagen Sie doch, dass wir das in Zukunft nicht mehr machen können, weil Sie bei Ihrer Steuerpolitik Fehler gemacht haben, sodass das alles nicht mehr solide zu finanzieren ist. Seien Sie doch bitte irgendwann einmal ehrlich in diesen Punkten.

(Beifall bei der SPD)

Auch wenn der Finanzminister beim nächsten Thema immer etwas rudert und laut wird, weil es ein wunder Punkt der bayerischen Politik ist, sollten Sie ehrlich sagen, dass Sie wegen der schlechten Personalausstattung bei den Finanzämtern Steuerausfälle von mindestens 500 Millionen Euro pro Jahr haben. Sagen Sie es ehrlich und sagen Sie dann auch, dass Sie aus diesem Grund im Umweltbereich die Einstellung des Klimaprogramms 2020 bereits ins Jahr 2011 vorgezogen haben. Es sollte bis zum Jahre 2020 laufen! Ihr Klimaprogramm 2020 endet damit im Jahre 2011, und für 2012 sehen Sie praktisch keinen einzigen Cent mehr dafür vor. Das ist inakzeptabel.

(Beifall bei der SPD)

Wenn der Umweltminister heute einen Beitrag zur Energiepolitik liefert, dann muss man feststellen, dass sein Beitrag im Augenblick Dampfplauderei und heiße Luft ist.

(Christa Naaß (SPD): Immer!)

In diesem Doppelhaushalt - Zeit genug hätten wir dafür gehabt - findet sich zur Energiewende kein einziger zusätzlicher Cent. Im Gegenteil wurden die Mittel für die Energiewende, die Sie ja an anderer Stelle propagieren, gestrichen. Es findet sich in keiner Form etwas von finanzpolitischer Glaubwürdigkeit. Auch das ist inakzeptabel.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte Ihnen anhand des heutigen Pressespiegels des Bayerischen Landtages zeigen, wie die CSU-Fraktion vorgeht. Auf der Seite 5 ist zu lesen "Kein zusätzliches Geld für Abschied von Atomkraft" - das hatten wir in der Plenardebatte gemeinsam diskutiert und auf der Rückseite ist zu lesen: "CSU fordert Milliarden".

(Heiterkeit)

Wunderbar! Das ist Ihre Vorgehensweise. Mit dem Finger auf Berlin zeigen, sich im Land aber dagegen wehren, dass man nach einer solchen Katastrophe und nach klaren verbalen Äußerungen auch nur einen einzigen Cent für die Energiewende in Bayern in diesen Doppelhaushalt einstellt.

(Beifall bei der SPD)

Sagen Sie auch, dass Sie durch Ihre miserable Besetzungspolitik bei den Finanzämtern den Bereich Kultur und Wissenschaft nebst den staatlichen Theatern und Orchestern nicht so unterstützen, wie dies notwendig wäre, dass Sie die Förderung der Sing- und Musikschulen auf einem niedrigen Level halten, den Denkmalschutz so behandeln, wie ich es gerade dargestellt habe, nämlich in einer Zickzack-Politik, und dass Sie bei den Hochschulen - ich greife die Debatte auf - eigentlich nur auf das Prinzip Hoffnung setzen, Sie hoffen, dass die maroden Gebäude irgendwie doch halten und dass die Studentenzahlen durch den Abschreckungsfaktor Studiengebühren vielleicht rückläufig sind.

(Zurufe von der CSU)

Das ist Ihr Prinzip Hoffnung. Sagen Sie die Wahrheit. Sagen Sie: Wegen unserer Fehler bei der Landesbank, wegen unserer Entscheidungen in der Steuerpolitik und wegen unserer Personalpolitik in der Finanzverwaltung können wir vom "Aufbruch Bayern" leider nur reden, aber keinen "Aufbruch Bayern" realisieren. Würden Sie das sagen, dann wären Sie ehrlich zu den Leuten.

(Beifall bei der SPD)

Um von diesen selbst verursachten Gründen für Ihre Kürzungspolitik abzulenken, zünden Sie haushaltspolitische Nebelkerzen. Darin sind Sie erprobt. Letztendlich - das kann ich vorwegnehmen - verbrennen Sie sich an jeder einzelnen Ihrer Nebelkerzen selbst die Finger.

Was ist das "Best of" der finanzpolitischen Nebelkerzen von Schwarz-Gelb? Wir kommen zur Preisverleihung.

(Heiterkeit bei der SPD)

Finanzpolitische Nebelkerze Nummer 1 ist der Länderfinanzausgleich. Er kommt immer dann aufs Tapet, wenn von Problemen der Finanzen in Bayern abgelenkt wird, wenn von Kürzungen im Staatshaushalt abgelenkt werden soll.

(Zuruf des Abgeordneten Josef Miller (CSU) - Harald Güller (SPD): Unruhe in den letzten CSU-Bänken!)

Ihr Konzept des Länderfinanzausgleichs, das Sie jetzt kritisieren, haben Sie doch unter Stoiber als tollen Erfolg verkauft. Jetzt kritisieren Sie das, was Stoiber als tollen Erfolg verkauft hat. Das besitzt keine Logik.

(Beifall bei der SPD - Harald Güller (SPD): Jetzt ist es wieder still in der letzten Bank!)

Wir brauchen auch Solidität. Ihr Vorgehen spricht Bände: keine Gespräche, keine Vorschläge gegenüber den anderen Ländern. Ihre Argumente zum Länderfinanzausgleich sind nach meiner festen Überzeugung wie ein Soufflé: Es schaut stattlich aus, es lässt sich gut damit renommieren, wenn man hineinsticht, fällt es in sich zusammen.

Wir sind uns darüber im Klaren, dass wir Anreizstrukturen im Länderfinanzausgleich gleichermaßen für Geber- und Nehmerländer brauchen, was die Einnahmen angeht, aber keine völlig sachwidrigen Überlegungen zu den Ausgaben.

(Zuruf des Abgeordneten Josef Miller (CSU))

Herr Staatsminister, liebe Staatsregierung, Sie haben diesem Landtag noch keine einzige Zeile darüber vorgelegt, wie Sie den Länderfinanzausgleich ändern wollen. Sie reden darüber, aber Sie bekennen nicht Farbe, und das muss man kritisieren.

(Beifall bei der SPD)

Ihre Polemik gegen den Länderfinanzausgleich fällt doch auf Sie selbst zurück, weil Sie das, was Sie beim Länderfinanzausgleich monieren, beim kommunalen Finanzausgleich in Bayern selbst praktizieren. Wie ist es denn in Bayern? Ich greife einmal einen Landkreis heraus, dessen Finanzstrukturdaten mir bekannt sind. Das ist der Landkreis Ebersberg, der ein steuer- und umlagekräftiger Landkreis ist, aber am Ende des kommunalen Finanzausgleichs an letzter Stelle der kommunalen Finanzkraft in Bayern steht, nach Freyung-Grafenau. Das gibt es beim Länderfinanzausgleich nicht, aber in Bayern haben Sie selbst ein solches System errichtet. Insofern ist Ihre Argumentation absolut scheinheilig.

(Beifall bei der SPD)

An dieser Stelle muss man auch einmal sagen: Für ein überhebliches Auftreten Bayerns besteht überhaupt kein Anlass. Bayern hat bis zum Jahr 1992 erheblich vom Länderfinanzausgleich profitiert.

(Zuruf von der CSU)

- Jetzt hören Sie einmal gut zu. Die wirtschaftliche Prosperität, die nachprüfbar ist, war in Bayern auch und gerade in den letzten Jahren - -

(Zurufe von der CSU)

- Ich weiß schon, dass das, was ich sage, nicht bequem ist und Ihnen unangenehm aufstößt, weil es Ihre Rhetorik entzaubert. Das ist mir schon klar.

(Beifall bei der SPD)

Die wirtschaftliche Prosperität hat ihre Gründe natürlich zum Teil in der Politik, aber - das müssen Sie auch einmal kapieren - vor allem in strukturellen und historischen Entwicklungen. Anders wären die großen Unterschiede in der Wirtschafts- und Steuerkraft in Bayern auch nicht zu erklären.

Bayern hat wie kaum ein anderes Bundesland vom Fall des Eisernen Vorhangs profitiert, und Bayern hat in München - Gott sei Dank - ein Kraftzentrum, das mehr als 60 % der Steuereinnahmen des Freistaats erwirtschaftet und das zugleich auch ein gutes Beispiel für eine erfolgreiche sozialdemokratische kommunale Wirtschaftspolitik ist.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie mir nicht glauben, dann empfehle ich Ihnen eine wirklich sehr spannende Lektüre. Ein führender Wirtschaftshistoriker Bayerns, Prof. Dr. Dirk Götschmann von der Universität Würzburg, hat ein Standardwerk zur bayerischen Wirtschaftsgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert herausgegeben. Ich zitiere aus einem Bericht über die Vorstellung des Buchs in Regensburg:

Der Historiker Götschmann räumt auf mit dem Mythos der staatstragenden CSU, die sich das Verdienst der wirtschaftlichen Entwicklung Bayerns zuschreibt. Eine klischeehafte Vorstellung sei das, die "wenig mit der Realität, aber viel mit den politischen Verhältnissen in Bayern zu tun hat", so Götschmann. Dass dies, wie von der Bayerischen Staatsregierung gern behauptet, der Grund dafür sei, dass man heute besser dastehe als die meisten anderen Bundesländer, sieht Götschmann nicht bestätigt. "Unstrittig ist, dass die Entwicklung, die Bayern seit 1990 genommen hat, ohne die Wiedervereinigung, den Fall des Eisernen Vorhangs und die Osterweiterung der EU nicht möglich gewesen wäre". Dadurch rückte Bayern ins Zentrum des europäischen Wirtschaftsraums, Standortnachteile wurden zu Vorteilen.

Schlusszitat: "Wie groß der Anteil der bayerischen Politik an diesem Aufschwung war, ist deshalb völlig unbestimmbar."

Das schreibt Ihnen der führende Wirtschaftshistoriker des Freistaats ins Stammbuch, und Sie blasen sich in einer Art und Weise auf, die völlig indiskutabel ist.

(Beifall bei der SPD)

Nebelkerze Nummer 2 ist die Situation in anderen, vorzugsweise rot-grünen Bundesländern, die Situation in Nordrhein-Westfalen. Auch an dieser Nebelkerze verbrennt sich Schwarz-Gelb selbst die Finger, und das gleich dreimal. Ein Zeigefinger mag nach Nordrhein-Westfalen deuten, drei Finger deuten auf Sie selbst zurück.

Im Haushaltsjahr 2009 lag die Nettoneuverschuldung in Nordrhein-Westfalen bei 5,6 Milliarden Euro, und zwar im Rechnungsabschluss-Ist. Preisrätsel: Wer war dafür verantwortlich? Rot-Grün? Nein, Ihre schwarzen Brüder, Ihre gelben Freunde unter Rüttgers. Es war Ihre Verantwortung.

(Beifall bei der SPD - Harald Güller (SPD): Stille auf der Regierungsseite!)

Haushaltsentwurf 2010: 6,6 Milliarden Nettoneuverschuldung. Preisrätsel: Rot-Grün? Nein, Ihre schwarzen Freunde und Ihre gelben Brüder in der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen. Und dann der Nachtragshaushalt 2010 von Rot-Grün. Rot-Grün hat in diesen Nachtragshaushalt nur noch das aufgenommen, was Sie, um Ihren Haushaltsentwurf besser darzustellen, unter den Teppich gekehrt hatten, nämlich Rücklagen insbesondere für die Problematik der WestLB, Rücklagen für Ansprüche der Kommunen, eine Entlastung der Kommunen, weil die Staatsregierung dort dies bislang verweigert hatte, und - hört, hört - eine Zuführung zum Versorgungsfonds.

(Eberhard Sinner (CSU): Und 108 Milliarden Schulden!)

Das waren die Änderungen. Wir haben damit nur den Scherbenhaufen zusammenkehren müssen, den uns Ihre schwarz-gelbe Landesregierung dort hinterlassen hat. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CSU)

Hören Sie gut zu: Der Verfassungsgerichtshof hat den Haushalt deshalb gestoppt, weil - -

(Zuruf des Abgeordneten Josef Miller (CSU))

- Lieber Herr Kollege, ich weiß, dass Sie das durcheinanderbringt. - Er hat ihn gestoppt, weil die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts nicht ausreichend begründet und belegt wurde. Die Polemik fällt doch auf Sie selbst zurück. Obwohl Sie sich hier großartig von NRW abgrenzen wollen, machen Sie es genauso. Sie begründen die Nichtzuführung zum Versorgungsfonds im Umfang von 500 Millionen Euro und die damit verbundene Verschiebung von Lasten in die Zukunft mit der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. Da zeigt der Finger wieder auf Sie zurück.

Drittens hat Herr Kollege Klein von einer Ausweitung der Ausgaben in NRW gesprochen. Das Gegenteil ist der Fall. Informieren Sie sich als Haushaltspolitiker einmal über die Kennzahlen: NRW hat im Jahr 2011 mit 3.111 Euro die niedrigsten Pro-Kopf-Ausgaben aller 16 Bundesländer. In Bayern sind es 3.392 Euro.

Das generelle Problem der Länderhaushalte sind doch nicht die Ausgaben, sondern die fehlenden Einnahmen, in NRW durch das Fortwirken eines dramatischen Strukturwandels in der Wirtschaft. Das ist doch der Kern der Botschaft.

(Beifall bei der SPD)

Dritte Nebelkerze, auch gern genommen: der Bund. "Wir können nicht mehr tun für die Städtebauförderung, weil der Bund nicht mehr gibt oder kürzt." "Wir können nicht mehr tun für das Projekt "Soziale Stadt", weil der Bund kürzt." "Wir können nicht mehr tun

bei Mehrgenerationenhäusern, weil der Bund da herunterfährt." "Wir können nicht allen Schülern ein warmes Mittagessen zur Verfügung stellen, weil der Bund vielleicht hierfür zuständig ist." - Ich könnte viele weitere Themen, auch die Verkehrsinfrastruktur, nennen.

Nur: Das ist nicht der Bund, sondern das sind Ihre Parteifreunde, die die schwarzgelbe Bundesregierung in Berlin stellen, und wir lassen nicht zu, dass Sie auf Landesebene von Ihrer Bundespolitik nichts mehr wissen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen!

Die vierte Nebelkerze ist erst seit Kurzem unterwegs. Es ist der Vorschlag, eine Schuldenbremse in die Bayerische Verfassung aufzunehmen. Und wie sich das so für eine solide finanzpolitische Grundsatzdiskussion gehört, ist dieser Vorschlag zum ersten Mal wo geäußert worden? Beim Politischen Aschermittwoch in Passau. Jawohl! Mehr braucht man eigentlich zur Substanz nicht zu sagen; das richtet sich selbst, ebenso wie Ihr Handeln. Denn wenn die Schuldenbremse, die Sie jetzt für die Verfassung fordern, bereits zu Beginn der Legislaturperiode bestanden hätte, wären Sie die Ersten gewesen, die massiv gegen diese Schuldenbremse verstoßen hätten, nämlich eine Kreditaufnahme vorzunehmen, eine Nettoneuverschuldung von 10 Milliarden Euro, um das Desaster bei der Bayerischen Landesbank auszugleichen.

Hören Sie auf, Nebelkerzen zu werfen! Sie verbrennen sich an diesen nur selbst die Finger!

(Beifall bei der SPD)

Abschließend noch eine Bemerkung zum Thema "Kommunaler Finanzausgleich". Es ist genau das Thema, das der Kollege Winter zu Recht anspricht: Die Reichen werden reicher, und den Armen wird nicht geholfen. Ihr Entwurf zum kommunalen Finanzausgleich spiegelt genau dieses wider.

Es kann aber doch nicht das Ergebnis einer Beratung hier sein, dass der Kollege Vorsitzende des Haushaltsausschusses diese bittere Wahrheit ausspricht. Wir brauchen eine Neujustierung des kommunalen Finanzausgleichs in Bayern, und wir brauchen mehr Mittel, um die Finanzsituation insbesondere der Problemkommunen zu stärken.

Hier haben Sie alle Anträge auf Bedarfszuweisungen, die sinnvoll waren, die notwendig waren, die auch überschaubar waren, abgebügelt. Sie haben keinen Sensus dafür, welche Probleme die Kommunen haben, obwohl Sie ihn haben müssten - da ist eine Schizophrenie bei Ihnen -, weil Sie in den Kommunen ehrenamtlich oder hauptamtlich engagiert waren. Wir können Ihre Haltung zum kommunalen Finanzausgleich nicht nachvollziehen.

(Beifall bei der SPD)

Zum Schluss ein Wort zu den Beamten. Sie benutzen die Beamten als beliebige finanzpolitische Manövrier- und Puffermasse. Sie verursachen durch Ihren inakzeptablen Zickzack-Kurs den größten anzunehmenden Unfall für die Loyalität, für das Vertrauen und für die Einsatzbereitschaft. Daran ändern auch Nachbesserungen bei der Jubiläumswendigung, der Wegstreckenentschädigung und der Dauer der Absenkung der Eingangsbesoldung nicht viel. Das spielt keine Rolle in den restlichen Bereichen, insbesondere was die Besoldung anbetrifft.

Sie werden es nicht durchhalten, dass Sie das, was bei den Abgeordneten des Bayerischen Landtags wohlbegründet erfolgt, nämlich eine Anpassung der Bezüge an die wirtschaftliche und tarifliche Entwicklung, den Beamtinnen und Beamten - dieses legitime Recht - verweigern. Sie richten damit ein Glaubwürdigkeitsdesaster größten Ausmaßes an, dessen Schäden weit über die vermeintlichen Einsparungen hinausgehen.

In diesem Sinne werden wir diesen Haushalt ablehnen und auch diesen unzureichenden Entwurf des kommunalen Finanzausgleichs.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen herzlichen Dank. - Herr Kollege, ich habe mindestens dreimal die Augen zugeedrückt, weil wir eine Verabredung haben, dass wir mehr auf rhetorische und weniger auf optische Reize setzen. Aber da es sich um Druckerzeugnisse der Staatsregierung und des Parlaments handelt, habe ich, wie gesagt, beide Augen zugeedrückt. Ich wollte es nur erwähnen, nicht, dass es als Beispiel genommen wird. Das dritte Auge war die Redezeit.

Jetzt fahren wir in der Debatte fort. Bitte, Herr Kollege Pointner, für die FREIEN WÄHLER.

Mannfred Pointner (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, Herr Finanzminister, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Als Erstes darf ich den Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss für den kollegialen und sachlichen Umgang miteinander bei der abgelaufenen Haushaltsberatung danken, auch wenn in der Sache verständlicherweise sehr häufig unterschiedliche Meinungen vorgetragen wurden. Aber die Auseinandersetzungen sind doch so gelaufen, dass man sich am Ende des Tages wieder in die Augen schauen konnte.

Mein Dank gilt insbesondere dem Vorsitzenden, Georg Winter, und dem Kollegen Halbleib, der Erholung braucht und gerade hinausgeht, die durch Ihre Sitzungsleitung ganz wesentlich zu diesem Klima beigetragen haben. Ich möchte auch meinen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ausschussbüro und in den Ministerien aussprechen, die hier mitgewirkt haben.

Wenn auch die meisten Anträge der Opposition abgelehnt wurden, meist mit dem Argument, dass kein Geld da sei, so wurde doch im allerletzten Moment noch einiges von unseren Anträgen übernommen. Es war wirklich der allerletzte Moment. Man muss sich vorstellen, man bekommt kurz vor Mitternacht Tischvorlagen geliefert, die man am nächsten Morgen um 9.00 Uhr behandeln soll. Und es waren nicht wenige, sondern - ich habe sie dann gezählt - 15 mindestens. Das war schon eine Zumutung. Aber wir haben es hingenommen, weil doch einige Dinge enthalten waren, die wir

auch gefordert hatten und man diesen Forderungen, die wir gestellt hatten, dann gerecht geworden ist, wenn natürlich leider nicht allen.

Das eine war die Jugendarbeit. Hier ist sogar mehr gegeben worden, als wir beantragt hatten; das haben wir natürlich dann auch akzeptiert. Dann war auch Geld für die Staatsbibliothek da - auch eine Forderung von uns. Bei Staatsstraßen gab es auch wieder etwas mehr, als wir gefordert hatten, wobei wir nichts dagegen gehabt hätten, wenn man doch auch etwas den Gemeinden gegeben hätte. Sie haben ja dann 40 Millionen Euro plus 25 nachgelegt; wir hatten 5 Millionen Euro weniger gefordert.

Bei den Beamten sind einzelne Sparmaßnahmen zurückgenommen worden, die Streichung der Jubiläumszuwendung, die Kürzung der Wegstreckenentschädigung und auch die Absenkung der Eingangsbesoldung. Darauf, dass dies nach unserer Meinung für die Beamten nicht ausreichend ist, wird nachher noch mein Kollege Peter Meyer eingehen, wenn zum Haushaltsgesetz diskutiert wird.

Festzuhalten bleibt aber, dass durchaus noch Spielräume vorhanden wären, weil aus dem Haushaltsüberschuss 2010 noch mindestens, wie wir heute gehört haben, 560 Millionen Euro in die Rücklage geflossen sind. Es hätten also durchaus noch da und dort, wo wir dringenden Handlungsbedarf gesehen haben, Mittel eingesetzt werden können, ohne dass der ausgeglichene Haushalt ohne Neuverschuldung gefährdet gewesen wäre. Es ist immer die Frage, wo man die Schwerpunkte setzt; wir hätten sie gern woanders gesehen.

Nun zum kommunalen Finanzausgleich; das ist sozusagen meine Hauptarbeit hier vorn, nicht nur, weil ich lange Jahre in der Kommunalpolitik war, sondern weil es auch ein ganz spezielles Thema ist.

Vielleicht vorweg ganz kurz - der Kollege Halbleib ist nicht da: Das mit der Finanz-, Steuer- und Umlagekraft von Ebersberg klingt zwar zunächst ungerecht,

(Christa Stewens (CSU): Ist es auch!)

wenn man - Freising ist es auch so gegangen - bei der Steuer- und Umlagekraft relativ weit vorn liegt und dann die Schlüsselzuweisungen eingerechnet werden. Dann landet man hinten. Aber man darf nicht übersehen, dass hier ein durchschnittlicher Hebesatz über ganz Bayern genommen wurde und natürlich bei höherer Steuer- und Umlagekraft der Gemeinden auch bei höheren Hebesätzen in unseren Landkreisen den Gemeinden noch mehr bleibt. Diese Rechnung kann man ohne Weiteres nachvollziehen. Deswegen muss man damit etwas vorsichtig umgehen.

Es ist auch so - das muss ich auch einmal sagen -: Wenn die einen mehr bekommen, bekommen die anderen weniger. Das muss irgendwie verteilt werden, es sei denn, man stockt das Ganze, was wir auch beantragt haben, noch einmal auf. Aber dann werden die Landkreise, die geringere Steuerkraft haben, wenn man das ändert, - wir haben schon darüber diskutiert - und eben dann auch die Gemeinden noch weniger bekommen. Das muss man einfach so sehen. Wir wollen die strukturschwachen Gebiete stärken und dies auch über den kommunalen Finanzausgleich erreichen. Ich kann Ihnen das dezidiert an ein paar Beispielen vorrechnen. Vielleicht entspannt sich dann diese Diskussion. Momentan ist eine Klage anhängig, bei der es zwar mehr um das Verfahren geht, hintergründig aber auch um dieses Thema. Ich spreche jetzt fast ein bisschen gegen die Oberbayern. Ich muss das aber gerechterweise sagen.

(Beifall des Abgeordneten Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP))

Ich komme jetzt zum Finanzausgleich. Herr Finanzminister und Herr Kollege Winter, Sie haben darauf hingewiesen, dass die Staatsregierung mit den kommunalen Spitzenverbänden einvernehmlich verhandelt und gute Ergebnisse erzielt hat. Die anschließenden Äußerungen der Vertreter der kommunalen Spitzenverbände lassen jedoch nicht darauf schließen, dass sie ganz besonders zufrieden gewesen wären. Das hat natürlich seine Gründe. Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Herr Kollege Dr. Kreidl, hat gesagt, die Staatsregierung habe sich bemüht. Das ist nicht gerade das beste Zeugnis. Wenn sich bei mir jemand bewirbt und ein Zeugnis mitbringt, in dem steht, er habe sich bemüht, würde ich ihn nicht einstellen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Herr Kollege Winter hat bereits gesagt, auf kommunaler Ebene werden die Reichen immer reicher, die Armen werden immer ärmer. Ich muss ergänzen: Die reichen Gemeinden sind einige wenige, die im Speckgürtel Münchens liegen oder zufälligerweise über einen guten Gewerbebetrieb - man könnte auch sagen, ein Atomkraftwerk - verfügen. Diese Gemeinden haben eine sehr hohe Steuer- und Einnahmekraft. Das sind aber nicht allzu viele Gemeinden. Die armen Gemeinden werden aber immer zahlreicher. Vorgestern wurde schon gesagt, dass im Jahr 2010 40 % der Kommunen in Bayern die vom Gesetz vorgeschriebene Zuführung nicht leisten konnten. Sie konnten den Schuldendienst in ihrem Verwaltungshaushalt nicht aufbringen. Dies ist eine Warnung und zeigt, dass es bei den Gemeinden nicht gut aussieht.

Das Haushaltsdefizit der Kommunen lag im Jahr 2010 bei rund 350 Millionen Euro. Es lag schon einmal höher, hat sich jedoch in den letzten Monaten auf 350 Millionen Euro reduziert. Bei diesem Haushaltsdefizit ist zu beachten, dass viele Kommunen durchaus notwendige Investitionsmaßnahmen, zum Beispiel beim Straßenbau, bei der energetischen Sanierung oder bei Infrastrukturmaßnahmen, zurückstellen, weil sie diese nicht mehr finanzieren können. Ich stelle das laufend bei meinen Gesprächen mit Bürgermeistern und Landräten fest. Hinzu kommt, dass die Zuschüsse für Straßenbaumaßnahmen, die vor einigen Jahren zugesagt wurden, plötzlich zurückgefahren wurden, sodass größere Maßnahmen von den Gemeinden oder Landkreisen nicht mehr durchgeführt werden können.

Ich möchte noch ein paar Zahlen nennen, um die Situation bei den Gemeinden aufzuzeigen. Die kommunalen Steuereinnahmen in Bayern sind im Jahr 2010 um 1,7 %, das sind 205 Millionen Euro, auf 12 Milliarden Euro gestiegen. Sie liegen damit aber immer noch um 7,25 % oder 953 Millionen Euro unter den Einnahmen der Jahre 2007 und 2008. Nebenbei möchte ich erwähnen, dass die Steuereinnahmen der Kommunen deshalb einigermaßen stabil sind, weil die Gewerbesteuer als stabilisierender Faktor wirkt. Deshalb möchte ich noch einmal davor warnen, an der Gewerbesteuer

oder an deren Inhalten zu rütteln und Änderungen vorzunehmen. Für die Gemeinden ist es ungeheuer wichtig, eine feste Einnahmequelle zu haben. Mit dieser Steuer wird eine Verbindung der Gemeinden zu den Unternehmen hergestellt. Kaum eine Gemeinde würde noch ein Gewerbegebiet ausweisen, wenn dies nicht der Fall wäre.

Der Freistaat hat im Jahr 2010 einschließlich der Kompensationszahlung für die Kfz-Steuer immerhin 32,590 Milliarden Euro an Steuereinnahmen verbucht. Das sind - in Anführungszeichen - "nur" 2,1 % weniger als im Jahr 2008. Im Jahr 2011 wird die Höhe der Einnahmen nach der Steuerschätzung in etwa gleich sein. Herr Finanzminister, die ersten beiden Monate zeigen allerdings, dass die Steuereinnahmen weitaus höher als in den vergleichbaren Monaten sind. Wir müssen abwarten, wie sich diese Situation weiterentwickelt. Nach dem jetzigen Stand ist auch für das Jahr 2011 ein Überschuss zu erwarten. Der Freistaat wird im Jahr 2012 einen Steuereinnahmerekord von mehr als 34 Milliarden Euro haben. Die Aussagen vom wirtschaftlichen Ungleichgewicht stimmen dann natürlich nicht mehr.

Die Kommunen haben nach wie vor strukturelle finanzielle Probleme. Als Beispiel darf ich nur die Sozialkosten nennen, die stetig ansteigen. Die Gesamtsumme der Sozialkosten bei den Kommunen liegt bei weit über 5 Milliarden Euro. Die Kostensteigerung beläuft sich ungefähr auf 5 % pro Jahr; das sind 250 Millionen Euro. Die jetzt zugesagte Übernahme der Kosten der Grundsicherung für die Erwerbsunfähigen durch den Bund in drei Stufen ab dem Jahr 2012 entlastet zwar die Gemeinden; sie reicht aber nicht aus, um die steigenden Kosten auszugleichen. Der Gesamtbetrag wird sich im Jahr 2012 auf etwa 141 Millionen Euro für die bayerischen Kommunen belaufen. Für das Jahr 2013 sind 288 Millionen Euro und im Jahr 2014 14 Millionen Euro zu erwarten. Die Steigerungsraten sind zwar gut, aber nicht ausreichend.

Ich möchte mich trotzdem bei der Staatsregierung dafür bedanken, dass sie dieser langjährigen Forderung der kommunalen Spitzenverbände, insbesondere der Landkreise, nachgekommen ist. Die FREIEN WÄHLER beantragen für das Jahr 2011 moderate Erhöhungen der staatlichen Leistungen im Finanzausgleich. An der sich ver-

bessernden Einnahmesituation des Freistaates müssen die Kommunen beteiligt werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die im Haushalt vorgesehenen 70 Millionen Euro reichen nicht aus, um die Aufgabenerfüllung der finanzschwachen Kommunen zu gewährleisten. Der Stau bei den Investitionsmaßnahmen der Gemeinden könnte mit einer Erhöhung der Investitionspauschale und der Schlüsselzuweisungen zumindest teilweise abgebaut werden. Wir haben deshalb eine Erhöhung des Anteils der Kommunen am allgemeinen Steuerverbund von 12,2 % auf 12,35 % beantragt. Dabei geht es um eine fast lächerliche Summe von 36,6 Millionen Euro, die sich je zur Hälfte auf Schlüsselzuweisungen und die Investitionspauschale verteilen würde.

Wir haben außerdem beantragt, dass der Anteil der Kommunen am Ausgleichsbetrag zur Kompensation der Kfz-Steuer von 51 auf 53 % erhöht wird. Insgesamt geht es bei dieser Maßnahme um 31 Millionen Euro. Diese Summe könnte je zur Hälfte für den Straßenbau und den ÖPNV verwendet werden. Die Staatsstraßen werden im Jahr 2011 kräftig gefördert. Wir wissen nicht, was im Jahr 2012 sein wird. Ich habe den Eindruck, dass wir nur noch Haushalte für ein Jahr machen.

(Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Das hängt vom Winter ab!)

- Es hängt entweder von Georg Winter oder vom richtigen Winter ab. So wird es sein. Wenn wir ohnehin immer abwarten, wie sich die Dinge entwickeln, sollten wir gleich vom zweijährigen Haushalt Abstand nehmen und künftig nur noch einen einjährigen Haushalt vorlegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das kommunale Straßennetz ist erheblich umfangreicher als das staatliche Straßennetz. Deshalb wäre es gut gewesen, wenn die Gemeinden hierfür mehr Geld bekommen hätten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir wollten den Bezirken 70 Millionen Euro zukommen lassen, damit sie ihre Defizite auffangen können. Die Bezirke erhalten 583 Millionen Euro vom Staat. Sie haben vom Staat mindestens 220 Millionen Euro mehr gefordert. Uns liegen auch Petitionen von Landräten vor, die Ihrer Partei, der CSU, angehören. Wir haben eine moderate Forderung gestellt. Überall sind die Hebesätze für die Bezirksumlage festgelegt worden. Die durchschnittliche Steigerung liegt bei 3 %. Dies schlägt auf die Landkreise durch, die diese Sätze wiederum auf die Gemeinden umlegen. Umlagesätze in Höhe von 58 Punkten wie bei einem Landkreis in Oberbayern sind dann die Folge.

Noch ein Letztes: Wir haben eine Erhöhung der Schülerbeförderungskosten gefordert. Ich erinnere mich daran - ich weiß es noch, weil ich schon so alt bin -, dass wir damals, als die Schulreform 1969 durchgeführt wurde, 80 % hatten. Dann wurde der Betrag auf 50 % heruntergefahren. Jetzt sind wir bei 60 %. Doch auch wenn die Beträge etwas angehoben würden, die Kosten werden mehr. Es bleibt deshalb bei den Gemeinden mehr hängen.

Insgesamt haben wir etwa 150 Millionen Euro beantragt. Das Geld hätte vor allem den strukturschwachen Gemeinden zugutekommen sollen. Das hätte diesen Gemeinden mehr Gestaltungsspielraum gegeben. Es geht nicht darum, dass sie große freiwillige Leistungen erbringen, es geht vielmehr darum, dass diese Gemeinen ihre Pflichtaufgaben erfüllen können. Viele Gemeinden haben beispielsweise schon Probleme, den kommunalen Anteil an den Kindergartenkosten zu tragen.

Viel Zeit bleibt nicht mehr, denn Kollege Meyer braucht auch noch Redezeit. Ich komme deshalb noch ganz kurz zur Landesbank. Herr Kollege Winter, Sie haben praktisch alle einbezogen, außer der FDP, wahrscheinlich, weil die FDP keinen Landrat stellt. Sie haben gemeint, weil unsere Landräte damals irgendwann im Sparkassenbeirat gehört haben, dass dies oder jenes läuft, wären sie auch verantwortlich. Wenn man das aber so weiterspielt, wie Sie das sagen, dann sind letzten Endes die

Wähler schuld, weil sie die gewählt haben, von denen sie glaubten, dass sie es könnten. Doch die haben es eben nicht gekonnt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Hier wurde vor einigen Wochen, das ist noch gar nicht so lange her, gesagt, die Verwaltungsräte bei der Landesbank würden nicht die volle Verantwortung tragen. Damit ginge es um normale Fahrlässigkeit. Wie sollen denn dann die Sparkassenbeiräte bitte schön Verantwortung übernehmen?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Zuruf des Abgeordneten Josef Miller (CSU))

- Die waren doch nicht an der Entscheidung beteiligt. Das wissen Sie, darauf brauche ich an dieser Stelle doch nicht näher einzugehen.

Ich wollte noch darauf hinweisen, dass bei der Landesbank nicht nur die Zinsen fehlen. Wir haben auch Fonds bei der Bank, die wir jetzt aus dem Staatshaushalt bedienen müssen.

(Georg Winter (CSU): Die Sparkassen waren mit 50 % dabei!)

- Ja, ich weiß. Darüber können wir reden. Machen wir einen eigenen Termin dafür aus. Wir wissen das, und für die Sparkassen war das eine gute Lösung. Darüber brauchen wir gar nicht diskutieren.

Zum Klimaprogramm ist heute schon einiges angesprochen worden. Wir fordern, dass sowohl beim Staat als auch bei den Kommunen mehr für die energetische Sanierung getan wird. Es wurde heute schon einmal angedeutet, dass dazu vielleicht noch etwas kommt. Wir haben entsprechende Anträge gestellt, die hätte man gleich übernehmen können. Ich komme zum Schluss und darf nur noch sagen, dass wir dem Haushalt leider nicht zustimmen können.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Als Nächste darf ich Frau Kollegin Claudia Stamm ansehen und sie für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an das Mikrofon bitten.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Auch von mir erst einmal ein ganz dickes Dankeschön, von allem an Frau Fecke und ihr Team, die zum Teil Tag und Nacht gearbeitet haben, vor allem als es um die Tischvorlagen ging. Sie haben bis in die Nacht und in die frühen Morgenstunden hinein gearbeitet, damit wir die vielen Tischvorlagen pünktlich bekamen. Das war in der Nacht, bevor der Haushalt behandelt wurde. Ich bedanke mich natürlich auch bei Ihnen, sehr geehrter Herr Winter, für die gute Zusammenarbeit. Ich schließe mich dem Dank der Vorredner an. Jetzt ist es aber auch gut, glaube ich.

Zu Nordrhein-Westfalen will ich nur noch sagen, Ihre Rede hätte den Einstieg in eine gute Oppositionsrede in NRW gegeben. Mehr ist dazu nicht zu sagen. Am Ende der Haushaltsberatungen, am Ende dieser drei Plenartage, bleibt mir nur übrig, noch einen Bauchladen voller Punkte unterzubringen. Zunächst möchte ich die ach so herbeibeschworene Energiewende ansprechen. Schade, dass der selbsternannte Lebensminister Söder nicht da ist. Vielleicht können Sie ihm meine Worte auch ausrichten. Ich frage mich jedenfalls, wo die Energiewende bleibt. Heute haben Sie aber die Chance, dafür im Einzelplan 13 etwas zu tun. Es ist minimal, aber es ist eine Möglichkeit. Ich bekomme Unterstützung von einer ganz ungewöhnlichen Seite. Herr Kollege Halbleib hat das schon angesprochen. Ihr Generalsekretär hat heute vollmundig in einem Interview gesagt, die Quelle ist die "Süddeutsche Zeitung" von heute:

Es müssten schon in den nächsten Wochen "für kommende Haushalte von Bund und Ländern klare finanzielle Zielvorgaben für Investitionen beschlossen werden".

Wir haben heute die Chance, dies zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Weiter heißt es in der "SZ".

Dobrindt spricht in diesem Zusammenhang von einer "nationalen Kraftanstrengung" des Bundes und der Länder, "damit die Menschen erkennen, dass wir finanziell und baurechtlich klare Prioritäten setzen. Das ist auch eine Frage des Vertrauens."

Es ist auch eine Frage des Vertrauens, hier von Energiewende zu reden und einem unserer Anträge, die genau diese Energiewende wollen, nicht zuzustimmen. Ja, liebe Kollegen von Schwarz-Gelb, Sie haben heute noch einmal die Chance. Sie können unserem Antrag zustimmen. Es ist der einzige Antrag, den wir hochziehen, für den wir namentliche Abstimmung beantragt haben. In diesem Antrag geht es darum, Ihrem Klimaschutzprogramm 2020, das im Jahr 2011 aufhört, zuzustimmen. Ich frage mich schon, hat der Klimawandel in Bayern im Jahr 2011 schon ein Ende gefunden? - Ich bezweifle das sehr. Stimmen Sie deshalb einfach unserem Antrag zu. Es ist der Einzige. Wir wollen klare Prioritäten setzen. Stimmen Sie diesem einzigen Antrag am Ende der Haushaltsberatungen zu, hier hätten Sie eine letzte Möglichkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Das ist aber nicht genug. Für Moore, und es ist bekannt, dass Moore ganz hervorragende CO₂-Speicher sind, ist in Ihrem tollen Klimaschutzprogramm 2020 jetzt, im April 2011, also nicht einmal Ende 2011, kein Geld mehr da. Dabei könnte man mit so kleinen Dingen beim Thema Klimaschutz sehr viel leisten.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Nachdem der Ministerpräsident bei seiner Rede vorgestern die drei E für sich entdeckt hat, die wir schon seit Jahren predigen, gehe ich auch darauf noch ein: Energiesparen, Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Nach dem diese drei E jetzt also entdeckt wurden, bitte ich Sie: Stimmen Sie unserem Antrag zu.

(Zuruf von der CSU: Da haben Sie nicht aufgepasst!)

Es gibt auch viele Möglichkeiten, die nichts kosten, um etwas für das Klima und für die Energiewende zu tun. Stichwort: Tempolimit. Das ist ganz leicht, da gibt es viele Möglichkeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das können Sie Ihren Kollegen vielleicht erzählen. Ich möchte hier noch einmal alles kurz zusammenfassen, was ich mir heute Morgen so lange anhören musste. Herr Söder stand hier und forderte, wir sollten nicht in die Zukunft zurückblicken. Er sagte, er wolle Ideen und keine Rechthaberei. Hier sind die Ideen, unsere Anträge. Stimmen Sie zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es gibt einen Bericht des - das sage ich jetzt in Anführungszeichen - "Lebensministeriums", der etwas zu dem Klimaschutzprogramm 2020 sagt. In diesem Bericht scheint es so zu sein, dass man damit rechnet, Mitte 2011 das Klimaprogramm zu verlängern. In dem vorliegenden Haushalt ist aber kein Cent für die Zeit nach 2011 eingestellt. Das unterstreicht alles, was hier schon angesprochen wurde: Es handelt sich hier nicht mehr um einen Doppelhaushalt, Sie schaffen den Doppelhaushalt vielmehr ab. Vielleicht ist es nicht so werbewirksam oder nicht so öffentlichkeitswirksam, den Doppelhaushalt und das Klimaschutzprogramm mit dem Recht des Parlaments fortzuschreiben. Nein, Mitte 2011 wird dann darüber entschieden, ob das Programm fortgesetzt wird oder nicht, und das geschieht an diesem Parlament und am Doppelhaushalt vorbei.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP))

- Ehrlich gesagt, habe ich nicht mit einem Applaus von Ihnen gerechnet. Wenn Sie bei diesen Haushaltsberatungen seltener Nein gesagt hätten, dann hätte Ihnen das gut getan. Der Haushalt wäre dann wetterfester, sozialer und nachhaltiger geworden. Heute haben Sie aber noch einmal eine Chance. Sie argumentieren immer, für unsere

vielen Anträge wäre kein Geld da. Da frage ich mich dann schon: Warum haben Sie nicht einem unserer Kürzungsanträge zugestimmt? Wir hatten derer 37!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir hatten 37 gute Kürzungsvorschläge, und es gab auch Umstrukturierungsvorschläge. Damit hätten Sie gleichzeitig etwas für die Umwelt getan.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Steiner (CSU))

- Weniger Geld für die Agrarförderung, mehr Geld für das KULAP, das müssten Sie doch wissen, Herr Steiner.

(Zuruf des Abgeordneten Albert Füracker (CSU))

Das sagt gerade der Richtige!

(Beifall und Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Was diesem Haushalt fehlt, ist eine klare Prioritätensetzung. Im Einzelplan 13, um den es jetzt geht, ist es genau das gleiche Problem. Hier wird an einem Schraubchen gedreht, dort wird an einem Schraubchen gedreht. Es gibt keine Prioritäten, vielleicht vom Straßenbau einmal abgesehen. Dazu haben wir schon einiges gehört.

Dann komme ich noch einmal auf die angeblich angespannte Haushaltslage zurück, von der wir in den letzten zwei Tagen und heute schon viel gehört haben. 2008 war ein absolutes Boomjahr, war das Jahr, das immer zum Vergleich herangezogen wird. In diesem Jahr betragen die Steuereinnahmen 33,35 Milliarden Euro. Letztes Jahr hatten wir 32,16 Milliarden Steuereinnahmen zu verzeichnen. 2011 werden die Steuereinnahmen voraussichtlich 32,56 Milliarden Euro betragen. 2012 - für dieses Jahr soll der Doppelhaushalt auch noch gelten - sollen es voraussichtlich, und damit ist zu rechnen, 34,36 Milliarden Euro sein, also mehr als in dem absoluten Boomjahr, das Sie immer zum Vergleich heranziehen.

Ich rede jetzt gar nicht von zusätzlichen Mehreinnahmen; dazu wurde heute schon genügend gesagt. Dafür gäbe es genügend Möglichkeiten; als Stichworte nenne ich ein gerechteres Steuersystem und mehr Steuerprüfer in Bayern. Herr Minister Fahrenschon, da glaube ich Ihrem Rechenwerk auch nicht, weil Sie zum Beispiel die Rücknahme der 42-Stunden-Woche bei Ihrem Zahlenspiel heute Morgen vergessen haben.

Der Einzelplan 13 ist ein Gemischtwarenladen par excellence. Es gab noch einen Mythos, der im Fachausschuss noch häufiger als hier beschworen wurde. Da war die Rede von einem ausgeglichenen Haushalt. Dieser Haushalt ist nicht ausgeglichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Finanzierungssaldo beträgt im Jahr 2011 eine Milliarde. Ausgaben und Einnahmen klaffen um eine Milliarde Euro auseinander. Nächstes Jahr wird der Finanzierungssaldo rund 700 Millionen Euro betragen. Es tut mir herzlich leid, das ist nicht ausgeglichen.

(Zuruf von der CSU)

- Wir haben auch Kürzungsanträge gestellt, Herr Kollege, falls Sie mir gerade nicht zugehört haben.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Das versteht er nicht!)

Der Einzelplan 13 verkommt zum Gemischtwarenladen.

(Zuruf von der CSU: Wo denn?)

Wenn man den Einzelplan 13 mit einem Gemischtwarenladen vergleicht, könnte man sagen, vom Hundefutter bis zum Schampus ist alles drin. Da sind Studienplätze drin, die Lehrerinnen und Lehrer, der IT-Beauftragte der Staatsregierung, und ein bisschen Klimaschutz ist auch noch drin.

Der Einzelplan 13 enthält auch noch etwas, von dem immer noch behauptet wird, dass es die bayerischen Steuerzahler und Steuerzahlerinnen gar nichts koste. Im Kapitel 13 60 sind für das Jahr 2011 gut 340 Millionen Euro und für das Jahr 2012 knapp 360 Millionen Euro an Zinsen für die Landesbank veranschlagt. Das ist in Kapitel 13 60 schwarz auf weiß zu lesen.

Ich nenne ein Beispiel dafür, wie Sie mit dem Haushalt umgehen. Der Einzelplan 10 sieht eine Kürzung der Behindertenhilfe um 3 Millionen Euro vor. Das können wir eigentlich gar nicht so machen, wie die Staatsregierung das vorgeschlagen hat. Das ist auch gut so. Man ordnet das aber nicht dem Einzelplan 10 zu, wo es hingehört, sondern nimmt das heraus und vertagt es auf die Beratung des Einzelplans 13. Ich schlage vor, alle Einzelpläne abzuschaffen und nur noch einen Einzelplan 13 für ein Jahr vorzulegen; dann kommen vielleicht auch die Tischvorlagen rechtzeitig. Das wäre doch eine Idee! Die Regierungskoalition führt mit ihren Tischvorlagen den Doppelhaushalt auch von der anderen Seite, wie schon erwähnt, ad absurdum. Die Tischvorlagen gelten alle nur noch für 2011: Doppelhaushalt adieu, Doppelhaushalt Fehlanzeige! Ihr Vorgehen lässt sich so beschreiben: erst den Haushalt viel zu spät vorlegen, und dann den eigenen Abgeordneten die Tischvorlagen nur noch für ein Jahr genehmigen. Mit vorausschauender Haushaltspolitik hat das definitiv nichts zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vorausschauende Haushaltspolitik sollte Rahmen und Richtlinien vorgeben. Das ist es, was eine vorausschauende Haushaltspolitik tun sollte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nach der Haushaltsordnung ist es gar nicht erlaubt, die ganze Zeit mit dem Nachtragshaushalt zu argumentieren, wie es sowohl im Haushaltsausschuss als auch hier die ganze Zeit geschah. Alle voraussehbaren Ausgaben und alle Einnahmen sind zu berücksichtigen, und nur im Notfall ist nachzujustieren. Was Sie tun, ist gar nicht erlaubt, abgesehen davon, dass es nicht seriös ist.

Ich komme auf einen weiteren Mythos zu sprechen. Herr Winter hat sich gerade so dafür gelobt, dass der Denkmalschutz 1 Million Euro mehr bekommt. Im Entwurf der Staatsregierung wurden die Mittel für den Denkmalschutz von 2010 auf 2011 um 2,4 Millionen Euro gekürzt, von 2010 auf 2012 um 3 Millionen. Jetzt gibt es für das Jahr 2011 eine Million mehr, und das sollen wir dann auch noch feiern. Sollen wir etwa Hurra rufen, es gibt noch etwas mehr?

Nun komme ich auf das Haushaltsgesetz zu sprechen. Ich muss meine Ausführungen zu den zwei großen Baustellen relativ kurz halten. Baustelle Nummer 1: Der Staat als Dienstherr wird immer unzuverlässiger. Baustelle Nummer 2: Den Privatschulen wird nach wie vor massiv geschadet, ich lasse dahingestellt, ob Sie das ursprünglich mit Absicht oder ohne Absicht getan haben. Über Nacht kam eine kleine Nachbesserung. Wir sind schon seit Monaten in der Gegend herumgerannt und haben darauf hingewiesen, dass man den Privatschulen schadet. Sie aber haben das über Nacht erkannt und uns eine Tischvorlage hingelegt, die relativ komplex war, sodass wir keine Chance mehr hatten, einen Änderungsantrag zu dieser Tischvorlage zu stellen bzw. eine Änderung zu beantragen. Das geschah wirklich über Nacht. Die Beamtinnen und Beamten müssen ein Sonderopfer bringen, wie Sie in den letzten Tagen schon öfter zugegeben haben. Sagen Sie doch einfach mal wirklich die Wahrheit, dass nämlich die Beamtinnen und Beamten selbst die Rücknahme der 42-Stunden-Woche bezahlen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie nehmen eine Ungerechtigkeit zurück, und diejenigen, die von der Ungerechtigkeit befreit werden, müssen dafür zahlen. Darum geht es, und um nichts anderes. Nachdem man das Sonderopfer der Beamten beklagt und dafür die allgemeine finanzielle Lage als Begründung hernimmt, sähe ich mich dazu veranlasst, noch einmal auf Möglichkeiten für Steuermehreinnahmen hinzuweisen. Das habe ich aber gerade erst getan. Es gibt einige Ungerechtigkeiten bei den Beamtinnen und Beamten, für die der Staat als Dienstherr zuständig ist. Zur Nullrunde hat mein Kollege Hallitzky heute

schon einiges gesagt. Der Gleichbehandlungsgrundsatz sollte auch für die bayerischen Beamtinnen und Beamten gelten: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es darf nicht dem Zufall überlassen bleiben, wie jemand bezahlt wird, je nachdem, wann er in den Staatsdienst eintritt. Da haben Sie zwar etwas nachjustiert; die niedrigere Besoldung soll statt 24 Monaten jetzt nur noch 18 Monate gelten, aber das sind 18 Monate zu viel. Das entspricht weder dem Leistungsprinzip des gerade von Ihnen in Kraft gesetzten neuen Dienstrechtes noch ist es generationengerecht; denn es trifft hauptsächlich die jüngsten Beamtinnen und Beamten. Die Ungerechtigkeit wird ausgerechnet im Wahljahr zurückgenommen. Welch Zufall! Ich muss mich wiederholen - ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

(Beifall bei den GRÜNEN - Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): So ist es!)

Besonders kontraproduktiv ist die Wiederbesetzungssperre zum Beispiel bei der Finanzverwaltung. Das wurde heute auch schon durchgekaut. Wenn eine Stelle nicht mehr benötigt wird, wenn Sie der Meinung sind, dass eine bestimmte Aufgabe von einem Beamten oder einer Beamtin nicht mehr erledigt werden muss, dann ziehen Sie die Stelle ein! Wenn Sie aber benötigt wird, dann ist sie schnellstmöglich zu besetzen, unter anderem auch deswegen, weil es sich für diesen Staat lohnt.

(Beifall bei den GRÜNEN - Peter Meyer (FREIE WÄHLER): Sie wird trotzdem eingezogen.)

Heute wurde gesagt: Wir lassen den Rasenmäher in der Garage. Das ist ein Hohn angesichts der Tatsache, dass der Bauunterhalt pauschal um 20 % gekürzt wird. Das ist umso mehr ein Hohn, als es einen Beschluss des Landtags aus dem Jahr 1999 gibt, der besagt, dass für den Bauunterhalt ein größerer Betrag eingestellt werden muss, der dringend nötig ist. Dieser Haushalt macht genau das Gegenteil.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Ich würde noch gerne viel dazu sagen, wie die Legislative bei diesen Beratungen mit sich selbst umgegangen ist. Dafür habe ich leider keine Zeit mehr. Es ist wohl klar, dass wir auch diesem Einzelplan und dem gesamten Haushalt nicht zustimmen können. Sie hätten die Chance gehabt, ihn zusammen mit uns auf der Grundlage unserer Anträge nachhaltiger, wetterfest und gerechter zu gestalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Frau Kollegin. Als nächstem Redner darf ich Professor Dr. Georg Barfuß für die FDP-Fraktion das Wort erteilen. Bitte schön.

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Herr Präsident, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Da mein Kollege anschließend zum Haushaltsgesetz sprechen wird, darf ich den Part der Rede zum Finanzausgleich übernehmen.

Zunächst möchte ich mich bei unserem Vorsitzenden Georg Winter ganz herzlich bedanken. Die Beschlüsse, die wir unter deinem Vorsitz gefasst haben, sind zielführend und werden zu einem guten Haushalt führen. - Ich bedanke mich auch beim Kollegen Halbleib.

Ich möchte noch darauf hinweisen, weil das vorher untergegangen ist, dass wir für die Behinderten im Jahr 2011 5,5 Millionen und 2012 3,5 Millionen im Einzelplan 13 eingestellt haben. Das ist professionell und gut gemacht. Man kann aber einmal darüber reden, warum man das so macht.

Da ich bei der Einbringung des Finanzausgleichsgesetzes bereits Details ausgeführt habe, erlaube ich mir heute die parlamentarische Freiheit, die Angelegenheit etwas grundsätzlicher zu betrachten. Der gesamte Haushalt steht unter dem Motto: keine neuen Schulden. Diese Vorgabe ist selbstverständlich auch die Maxime für das FAG. Eigentlich ist ein Haushalt ohne Schulden ohnehin etwas Selbstverständliches. Das sollten wir uns auch alle wieder einmal verinnerlichen, und das nicht nur in Bayern,

sondern auch in Deutschland und in Europa. Bei einem Kurs von 1,43 haben wir mitnichten eine Eurokrise, sondern wir haben eine Schuldenkrise, weil zu viele Menschen glauben, dass man mit Schulden die Zukunft gewinnen könne. Das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Weshalb sind CSU und FDP in Ihrem Sparwillen so rigide und versuchen, nicht sich bei allen Menschen beliebt zu machen? Eine Antwort darauf lautet, dass die beiden Fraktionen, die gemeinsam die Bayerische Staatsregierung tragen, die Generationengerechtigkeit in den Mittelpunkt ihres finanzwirtschaftlichen Handelns stellen. Einen zweiten Orientierungspunkt sehen wir in den makroökonomischen Daten. Kollege Halbleib hat vorhin betont, dass die Investitionen 2012 etwas niedriger seien als 2011.

Das Bruttoinlandsprodukt hat vier makroökonomische Größen. Wenn der Export boomt, wenn die Investitionen der Privaten boomen und wenn auch der Konsum auf einem erfreulichen Niveau ist, schadet es volkswirtschaftlich nichts, wenn die vierte Größe, die staatlichen Ausgaben, etwas niedriger ist. Das dämpft eventuelle Inflationserwartungen.

Zurück zur Generationengerechtigkeit. Bei Wikipedia wird sie wie folgt definiert - ich zitiere:

Generationengerechtigkeit ist erreicht, wenn die Chance zukünftiger (nachrückender) Generationen auf Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse mindestens so groß sind wie die der heutigen Generation (ihnen vorangegangener Generationen).

Das scheint mir sehr wichtig zu sein. Es gilt nämlich der Verlockung zu widerstehen - und das gilt für den Staat genauso wie für die Kommunen -, unseren heutigen Konsum durch Schulden zu finanzieren und den Entscheidungsspielraum unserer Nachfolgerinnen und Nachfolger in den kommunalen Gremien und im Parlament immer mehr

einzuengen. Ganz gewiss schmerzt es fürchterlich, dass dieser Spielraum durch das Landesbankdesaster eingeengt ist. Wenn Ehrlichkeit angemahnt wird, sollten Sie aber auch sagen, ob es nur in Bayern so ist. Oder war diese Dummheit nicht über ganz Deutschland gleich verteilt? Gab es auch in anderen Ländern Landesbankdesaster? Über die WestLB haben wir vorhin gesprochen. Es wäre einmal interessant, wenn wir erfahren könnten, wie hoch die Defizite und die Zinszahlungen dort sind. Zum Kapitel Ehrlichkeit gehört auch, dass die schwarz-gelbe Regierung in Nordrhein-Westfalen immerhin 108 Milliarden Staatsschulden vorgefunden hat. Auch das sollte man sehen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir haben die Weisheit und auch die Wahrheit alle miteinander nicht gepachtet. Wir kämpfen und ringen immer wieder. Das Dilemma wird von niemandem hier im Haus verkannt. Dessen bin ich mir sicher. Das, was sittlich angezeigt wäre, nämlich das Sparen, fördert nicht unbedingt die Wiederwahl. Das ist in einer Demokratie das Problem. Ob wir wollen oder nicht, es ist ein Zielkonfliktpunkt. Das Sparen hat sogar etwas mit Ethik zu tun, meinen wir. Dabei geht es wie fast immer im Leben um das rechte Maß. Das ist übrigens eine der vier Kardinaltugenden. Sich zu bemühen, das richtige Maß zu finden, spreche ich keiner dieser fünf Fraktionen im Hohen Haus ab.

Jetzt aber kommt der Unterschied: Wir, die Regierungsfractionen von CSU und FDP, müssen im Gegensatz zu den verehrten Oppositionsfractionen das rechte Maß im Haushalt politisch konkretisieren. Das heißt, wir müssen letztlich sagen, wofür wieviel Geld ausgegeben wird. Nachdem es hierfür keine eindeutigen Regeln gibt, liegt es auf der Hand, dass darüber politisch entschieden werden muss. Das ist nun einmal die Aufgabe der christlich-sozial-liberalen Regierungskoalition. Es kommt darauf an, dass der Staat zum Wohl der Allgemeinheit weiterhin handlungsfähig bleibt. Dies ist ein Kernanliegen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Der mündige Bürger und die freien Medien werden unsere politische Entscheidung entsprechend bewerten. Diesem Urteil haben wir uns zu stellen. Das ist in einer Demokratie so üblich. Es gab in diesem Land einmal eine Kontroverse. Sie alle kennen noch Herrn Mitscherlich, der über die Unfähigkeit zu trauern sprach. Wir sollten uns darüber Gedanken machen, wie es mit der Unfähigkeit zu sparen in diesem Land bestellt ist. Sparen heißt mit anderen Worten Konsumverzicht. Das nicht konsumierte und damit gesparte Geld steht dann für Investitionen zur Verfügung. Diese wiederum sichern den Wohlstand von heute und von morgen. Deshalb gilt es auch hier, das rechte Maß zwischen Konsum und Investition zu finden.

Nachdem die Frage nach der Gerechtigkeit immer wieder eine Rolle spielt, stellt sich auch beim Finanzausgleich die Frage nach der Gerechtigkeit zwischen den Kommunen und dem Staat. 1999 hat sich der Staatsgerichtshof unseres geschätzten Nachbarlandes Baden-Württemberg mit dieser Frage befasst. Baden-Württemberg ist auch jetzt noch geschätzt, und wir freuen uns darauf, wenn dort etwas Neues kommt. Wir schauen gerne zu. Damals wollten die Antragsteller vom Gericht wissen, ob der Finanzausgleich der verfassungsrechtlich garantierten Unterstützung auch entspreche.

Die Antwort des Gerichtshofs in Auszügen - ich zitiere:

Die verfassungsrechtliche Mindestausstattung der Kommunen lässt sich nicht mit bestimmten Maßstäben, Parametern, Kennziffern, Quoten oder gar Beträgen festlegen, da der Anspruch auf finanzielle Mindestausstattung nur unter dem Vorbehalt der Leistungsfähigkeit des Landes gewährt werde.

Zitat Ende. Wir hatten in Bayern den Schwerpunkt darauf gesetzt, dies mit den kommunalen Spitzenverbänden in aller Kollegialität und fachlich transparent festzulegen. Ziel war, ist und bleibt die Stärkung der kommunalen Verwaltungshaushalte. Hier war kein Obrigkeitsstaat am Werk, vielmehr bestand das Bemühen, die begrenzten Mittel sehr im Sinne von Maß und Mitte zu verteilen. Haushalten bedeutet immer die Zuwendung begrenzter Mittel zu unbegrenzten Wünschen - privat wie öffentlich.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Noch ein anderer Gedanke. Wir haben in den letzten Wochen viel über die Katastrophe in Japan, das sich anschließende Erdbeben in unserem Land - die Liberalen wissen, wovon wir reden -, den Krieg in Libyen und den Hype der GRÜNEN gehört. Mir wäre es lieber, wenn sich unsere Medien auch einmal der Problematik der Staatsverschuldung annehmen würden. Zwei Billionen für alle öffentlichen Hände und 5,8 Billionen Pensions- und Rentenansprüche - diese Schuldenlast einmal öffentlich und transparent zu machen, wäre genauso wichtig, wie wochenlang über das Ja oder Nein zu einer Erhöhung um fünf Euro bei Hartz IV zu schwadronieren oder die 27. Sondersendung zu Fukushima auszustrahlen. Ich möchte bewusst an die Verantwortung der Medien appellieren, sich dieses Themas anzunehmen. Draußen liegt eine Zeitschrift, in der es heißt: "Welche Welt übergeben wir unseren Kindern?" Diese Frage stellen die Ökologen völlig zu Recht. Als Ökonom frage ich: Welche finanzwirtschaftliche Welt überlassen wir unseren Kindern? Diese Größe darf nicht unter den Tisch gekehrt werden.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Denn sie sichert letztlich den Wohlstand und den Fortbestand unseres Landes.

Der Kreis schließt sich. Im Interesse der Generationengerechtigkeit machen wir insgesamt keine neuen Schulden. Weil wir zwischen dem Staat und den Kommunen ebenfalls gerecht sein wollen, haben wir das Finanzausgleichsgesetz so konzipiert, wie ich es Ihnen zur Annahme empfehle. Sollte sich die Wirtschaft nächstes Jahr weiterhin im gewünschten Sinn entwickeln, werden wir diese Veränderungen selbstverständlich wieder in unsere haushalterischen Überlegungen mit einbeziehen. Ein Haushalt ist etwas Dynamisches. Seine Anpassung an die makroökonomischen und gesellschaftlichen Größen ist selbstverständlich.

Ich möchte mich abschließend bei Ihnen, Herr Staatsminister der Finanzen, und bei Ihnen, Herr Staatssekretär, bedanken, aber auch bei den Damen und Herren des

Hauses sowie bei Frau Fecke und allen Mitarbeitern. Herzlichen Dank! Aus Überzeugung schlage ich Ihnen vor, dass wir dem Finanzausgleichsgesetz im Einzelnen und dem Haushalt insgesamt zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Gabriele Pauli (fraktionslos): Meine sehr geehrten Damen und - -

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, würden Sie bitte warten, bis ich Ihnen das Wort erteile?

Dr. Gabriele Pauli (fraktionslos): Entschuldigung!

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt haben Sie das Wort.

(Allgemeine Heiterkeit)

Dr. Gabriele Pauli (fraktionslos): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute haben wir sehr viele Reden gehört, sehr gute Reden, sehr nachdenkliche Reden und sehr weitgehende Vorschläge. Einige davon waren sehr hilfreich und konstruktiv. Andere wiederum waren etwas neuartig. Bei allem war ganz wesentlich, dass, alles zusammen gesehen, ein neues Denken in dieses Parlament einziehen muss. Es sind bereits sehr viele gute Gedanken geäußert worden, aber einige wichtige Aspekte fehlen.

Es fehlen insofern einige wesentliche Gedanken, als wir zwar einen Haushalt haben, der bestimmten Zielen genügt, der auch Ziele neu definiert und vor allen Dingen der Verfassung entspricht. Es gibt aber auch sehr viele Gedanken, die weniger hilfreich sind. Alles orientiert sich an Zahlen. Es werden Kennziffern genannt. Wir liefern den Bürgern ökonomische Daten. Immer wieder reden wir über Zahlen und Zahlen. Es wird sehr viel über einen ausgeglichenen Haushalt gesprochen. Hinter allem steht jedoch der Gedanke, dass in unserem Staat etwas fehlt. Das ist etwas, was wir alle entbehren. Wir fühlen es nicht mehr in uns. Es ist etwas, das wir in unserem Leben nicht

mehr kennen. Zwar suchen wir es, können es aber im Staatshaushalt nicht wiederfinden. Es ist etwas, das in unserem Leben abhanden gekommen ist. Es ist etwas, das wir in uns nicht mehr erreichen können. Es ist etwas wie die Sprache in uns. Es ist das Fühlen, was die Bevölkerung denkt. Wir kennen es nicht mehr als das, was in unserem Leben wichtig ist. Es ist zwar etwas, das in uns existiert und einmal in einem größeren Maße vorhanden war, jedoch können wir es in uns nicht mehr erreichen. Es ist etwas, das wir in uns entbehren.

Die Menschen wünschen sich mehr als die Dinge, die im Haushalt verankert sind. Wir müssen der Bevölkerung zeigen, dass wir ihnen etwas anderes geben können als Zahlen und Fakten und Kennziffern. Sie wollen von uns ein neues Gefühl in diesem Land. Sie wollen von uns ein Gefühl der Zuversicht, ein Gefühl der Hoffnung, ein Gefühl der Erreichbarkeit von Idealen, ein Gefühl, dass Visionen möglich sind, ein Gefühl, das ihnen sagt, dass etwas Neues in ihr Leben treten kann. Das soll von der Politik begleitet werden.

Es geht nicht darum, darüber zu debattieren, wer wie viel wann und wo veranschlagt hat. In diesem Hohen Hause geht es letztendlich darum, dass wir den Menschen das vorleben, was die Menschen selbst als Leben ansehen. Sie möchten ein Gefühl der Freude, des Glücks und der Zuversicht erleben. Wir sollten ihnen nicht das Gefühl von Einschränkungen, Benachteiligungen, Zurückstellungen und der Abwesenheit eines liebevollen und letztendlich göttlichen Gedankens und des Glaubens geben. In der Vergangenheit ist in diesem Hause sehr viel darüber gesprochen worden, dass etwas nicht in Ordnung sei. In diesem Hause fehlt etwas. Es ist der Glaube. Das möchte ich hiermit sagen. Wenn der Glaube nicht da ist - damit meine ich den Glauben an eine göttliche Kraft -, dann kann kein menschliches Konzept in diesem Staat irgendetwas bewirken. Dann wird kein Vorschlag eines einzelnen Abgeordneten etwas verändern. Diesen Beitrag wollte ich zu dieser Debatte leisten.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt erteile ich für die CSU-Fraktion Frau Kollegin Görnitz das Wort.

Erika Görnitz (CSU): Frau Präsidentin, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss zu meinen Vorrednern noch etwas sagen. Dem Punkt, den Herr Kollege Halbleib angeführt hat, muss ich meine Wikipedia-Recherche entgegenhalten. Herr Halbleib, Sie haben angeprangert, dass Nordrhein-Westfalen nur deswegen so schlecht dastehe, weil Herr Rüttgers in den letzten Jahren große Schulden gemacht habe. Das ist keinesfalls so. Herr Rüttgers hat Schulden in Höhe von 108 Milliarden Euro von seiner Vorgängerregierung übernommen. Dort haben 38 Jahre Rot und Rot-Grün regiert. Diese Schulden können nicht innerhalb von vier Jahren abgebaut werden. Das muss man nachsehen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Rot-Grün inklusive der Linken ist es gelungen, mit ihren Versprechungen in die Regierung zu kommen. Also wird auch weiterhin nichts gespart werden.

Zu Frau Kollegin Stamm möchte ich auch ein paar Sätze sagen. Zuhause in meiner bunten Stadtregierung in Pfaffenhofen wird eine Umgehungsstraße gefordert. Sie fordern uns auf, den Streichungsanträgen der GRÜNEN im Landtag zuzustimmen. Sie fordern uns auf, die Mittel für die Umgehungsstraßen zu streichen. An dieser Stelle ist mehr Ehrlichkeit und Konsequenz angesagt. In München, in Berlin und vor Ort jeweils unterschiedliche Aussagen zu machen, ist wirklich nicht in Ordnung.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Halbleib wirft uns vor, wir seien nicht kommunal verankert und uns fehle das kommunalpolitische Engagement. Ich rate Ihnen, das Abgeordnetenhandbuch in den Osterferien zur Hand zu nehmen und unsere Viten zu lesen. Dann werden Sie sehen, dass wir sehr wohl in den Kommunen verankert sind.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Jetzt bin ich bei dem Thema angelangt, zu dem ich ursprünglich hin wollte. Ich wollte über die kommunalen Finanzen sprechen. Herr Kollege Dr. Barfuß hat schon zum Ausdruck gebracht, dass wir den Verfassungsauftrag sehr ernst nehmen. Den Kommunen müssen die Möglichkeiten eingeräumt werden, ihre freiwilligen Leistungen zu erfüllen. Der Gesamtausstattung des kommunalen Finanzausgleichs 2011 muss die Entwicklung der kommunalen Finanzen und der staatlichen Finanzen gegenübergestellt werden. Der Anhang zum Finanzausgleichsänderungsgesetz ist transparent und nachvollziehbar. Die Kommunen verfügen über eine freie Spitze, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Es ist wichtig, dies bei allen Überlegungen vorzuschicken.

Der Schwerpunkt des kommunalen Finanzausgleichs 2011 ist - das war der absolute Wunsch der kommunalen Spitzenverbände - eine weitere Stabilisierung der Verwaltungshaushalte der Kommunen. Dies wird durch Umschichtungen innerhalb des kommunalen Finanzausgleichs und durch Anhebungen des Kommunalanteils am allgemeinen Steuerverbund erreicht. Deshalb konnten wir im Jahr 2011 das gute Ergebnis des Jahres 2010 noch einmal steigern, und zwar auf 6 Milliarden 869,3 Euro. Das ist eine Steigerung von 61,1 Millionen Euro. Für die Landesleistungen macht das 70,6 Millionen Euro. Das sind 1,1 % mehr als noch 2010.

Nach der Entwicklung des allgemeinen Steuerverbunds wären die Schlüsselzuweisungen ursprünglich gesunken. Durch die Erhöhung des Anteils der Kommunen am allgemeinen Steuerverbund um 0,2 % auf 12,2 % konnten 48 Millionen Euro zusätzlich für die Schlüsselzuweisungen zur Verfügung gestellt werden. In einer für den Staatshaushalt äußerst schwierigen Zeit wird damit erneut ein Zeichen für eine dauerhafte strukturelle Verbesserung der kommunalen Finanzkassen gesetzt.

Der Kraftfahrzeugsteuerverbund wird endgültig zum Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund. Für den Straßenbau und Verkehrsinvestitionen stehen 296,3 Millionen Euro zur Verfügung. Für den Härtefonds des ÖPNV werden 67,7 Millionen Euro bereitgestellt. Der Festbetrag für die Förderung von Abwasseranlagen sinkt zugunsten der Schlüsselzuweisungen um 20 Millionen Euro, kommt jedoch immer noch auf die beachtliche

Summe von 121,25 Millionen Euro. Besonders positiv ist, dass Wasserversorgungsanlagen ebenfalls gefördert werden können. Das war auch der ausdrückliche Wunsch der kommunalen Spitzenverbände. Das haben wir gerne aufgenommen.

Am Grunderwerbssteuerverbund beteiligt der Staat die Kommunen mit acht Einundzwanzigstel. Das wird entsprechend der geschätzten Aufkommensentwicklung mit 384,4 Millionen Euro - 60,3 Millionen Euro höher als im Jahr 2010 - veranschlagt. Das ist eine gute Beteiligung der Kommunen.

Die Investitionen in Bildung sind mit Investitionen in Höhe von 250,6 Millionen Euro auf einem sehr hohen Niveau stabil. Für den Krankenhausbau werden 450 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Das sind 50 Millionen Euro weniger als im Vorjahr. Das bedeutet, dass 25 Millionen Euro zu den Schlüsselzuweisungen kommen, während die anderen 25 Millionen Euro selbstverständlich bei den Kommunen verbleiben, weil damit der hälftige Kommunalanteil entlastet wird.

Die Zuweisungen für die Kosten der Schülerbeförderung steigern wir 2011 mit 12 Millionen Euro auf 289 Millionen Euro und bleiben bei der verlässlichen Größe von 60 %. Das ist ganz besonders wichtig. Bei den Bezirken halten wir das sehr hohe Niveau von 583,6 Millionen Euro. 2011 liegt der Schwerpunkt des kommunalen Finanzausgleichs auf der deutlichen Anhebung der Schlüsselzuweisungen und damit auf der Stärkung der Umlagezahler. Der zusätzliche dreistellige Millionenbetrag, den die Bezirke gefordert haben, ist im Staatshaushalt nicht darstellbar. Ich füge aber hinzu - Ausschussvorsitzender Georg Winter hat es schon erwähnt -, dass eine spürbare Entlastung der Bezirke durch die hohen Rückforderungsansprüche gegenüber den BAföG-Stellen entsteht, weil der Bund und das Land aufgrund der veränderten Rechtsprechung zur Internatsunterbringung behinderter Schüler die Mehrkosten tragen. Das ist eine gute Entlastung für die Bezirke.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Man muss an dieser Stelle berücksichtigen, dass diese Mittel nicht gegengerechnet werden, sondern den Bezirken zur Verfügung stehen. Ich weise darauf hin, dass es den Bezirken gelungen ist, einen gerechten Schlüssel für die Neuverteilung zu finden. Dieser ganz besondere Schritt ist seit vielen Jahren zum ersten Mal wieder gelungen.

Im Vorgriff auf 2012 darf man den Kommunen sagen, dass es eine Verbesserung für sie geben wird. Das haben wir unserem Ministerpräsidenten zu verdanken, der in Berlin wie ein Löwe gekämpft hat, damit die Grundsicherung ab 2012 stufenweise an den Bund übergehen.

(Dr. Otto Bertermann (FDP): So ist es!)

Das bedeutet eine absolute Entlastung unserer Kommunen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dem vorliegenden Entwurf des kommunalen Finanzausgleichs beweist der Staat erneut seine Kommunalfreundlichkeit. Er ist im kommunalen Finanzausgleich 2011 weitestmöglich auf die Forderungen der Kommunen eingegangen. Die bayerischen Kommunen können, gestärkt durch den kommunalen Finanzausgleich 2011, ihre Aufgaben erfüllen. Damit beweist der Freistaat Bayern wieder, dass er ein verlässlicher Partner der Kommunen ist.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER erteile ich Herrn Kollegen Meyer das Wort. Bitte schön, Sie haben drei Minuten und siebzehn Sekunden Zeit.

Peter Meyer (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will in aller Kürze ein paar Anmerkungen zum Umgang mit dem öffentlichen Dienst machen. Wir haben insbesondere den Wegfall des Stelleneinzugs nach Artikel 6 b des Haushaltsgesetzes gefordert. Der Stelleneinzug geht munter weiter, obwohl die Stel-

len wegen der Rückführung der Wochenarbeitszeit dringend gebraucht werden. Sie verkaufen die Rückführung als Erfolg und Wohltat für die Beamten. Trotzdem werden die Stellen gemäß Artikel 6 b eingezogen, wenn sie jetzt frei werden, obwohl wir sie dringend brauchen.

Meine Damen und Herren, Kollege Halbleib hat vom Nebelkerzenwerfen gesprochen. Es gibt eine weitere Nebelkerze: Der Wegfall der angedrohten Kürzungen wird als positive Leistung und gute Tat verkauft. Man muss nur androhen, dass die Jubiläumszulage gekürzt wird. Wenn man sich dann aufgrund eines massiven Widerstands eines Besseren belehren lässt, ist das positiv, und die Beamten müssen das nach dem Motto honorieren: Setz dich hin, klage nicht, es könnte schlimmer kommen, und er setzte sich hin, und es kam schlimmer.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, wie geht der Freistaat Bayern als Dienstherr mit seinen Mitarbeitern um? - Es geht um die Wertschätzung der Mitarbeiter. Die Führungskräfte bekommen durchaus eine gute Fortbildung, wo all das gelehrt wird, wogegen hier ständig verstoßen wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir wissen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Finanzverwaltung, der inneren Verwaltung, der Polizei, im Forstbereich und überall überlastet sind, was zu krankheitsbedingten Ausfällen führt. Dies findet im Bericht über die Wiedereingliederung nach SGB IX seinen Niederschlag. Die Ursachen, die mit der Wiedereingliederung beseitigt werden müssen, werden vom Dienstherrn gesetzt. So kann man mit Mitarbeitern nicht umgehen. Wer den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen eine Null-Runde verordnet, wer eine Wiederbesetzungssperre über 12 Monate verhängt - Kollegin Claudia Stamm hat es ausgeführt -, macht deutlich, dass die Stelle überflüssig ist. Er macht den Mitarbeitern, die die Vertretung machen sollen, deutlich, dass es völlig egal ist,

wie er sich einsetzt. Es geht lediglich darum, die Geringschätzung der Leistung der Beamtinnen und Beamten auszudrücken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, die umgekehrte Wertschätzung, wie die Mitarbeiter den Dienstherrn sehen, habe ich in den letzten Tagen bei diversen Veranstaltungen im Forstbereich und der Finanzverwaltung erlebt. Die Wertschätzung der Mitarbeiter dem Dienstherrn gegenüber befindet sich schon lange im Keller. Wir fragen uns, woher das kommt. - Diese Entwicklung ist selbst verschuldet.

Meine Redezeit geht zu Ende. Frau Präsidentin, ich komme zum letzten Satz.

(Zurufe: Schade!)

- Ja, das glaube ich, dass Ihnen das leid tut.

(Alexander König (CSU): Sie sind eigentlich schon zu Ende, Herr Kollege Meyer!)

- Mir tut es auch leid, Herr Kollege König, dass ich Ihnen nicht noch mehr ins Stammbuch schreiben kann.

Der Freistaat Bayern als Dienstherr muss endlich wieder zu einer ordentlichen Wertschätzung seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN erteile ich Frau Kollegin Kamm das Wort. - Bitte schön.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Kommunen haben eine wichtige Rolle bei der Organisation unseres Gemeinwesens, und sie werden bei wichtigen Zukunftsfragen künftig eine noch größere Rolle spielen. Ich denke an Bildung oder Klimaschutz. Das sind wichtige Schlüssel-

fragen für die Zukunft. Deshalb kann es uns nicht egal sein, ob die Kommunen handlungsfähig sind oder nicht.

Kolleginnen und Kollegen, es reicht nicht, mit einer pauschalen und außerordentlich fragwürdigen Aufstellung zu belegen zu versuchen, dass die finanzielle Entwicklung der Kommunen insgesamt angeblich nicht schlechter verlaufen sei als die des von der Landesbank gebeutelten Freistaats. Die Berechnungsmethode der freien Spitze, die Sie in dieser Tabelle anführen, ist außerordentlich fragwürdig und erinnert ein bisschen an die Ermittlung der Regelsätze bei Hartz IV. Es geht nach dem Motto: Wer bisher kein Geld für den Bauunterhalt ausgegeben hat, braucht in Zukunft nicht mehr Geld.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich erinnere an die große Nachfrage der Kommunen nach dem Konjunkturprogramm, das sie genutzt haben, um Schulgebäude zu sanieren. Die Nachfrage war so groß, dass man fünf oder sieben Konjunkturprogramme hätte auflegen können. Die Kommunen haben sehr viele Anträge gestellt, aber nur ein kleiner Teil konnte umgesetzt werden.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Ich kritisiere auch, dass es Ihnen egal ist, ob Kommunen in strukturschwachen oder strukturstarken Gebieten liegen, dass Sie nicht analysieren, wie es den kreisangehörigen Gemeinden, den kreisfreien Städten, den Landkreisen und den Bezirken geht. Die Daten sind vorhanden. Sie machen sich jedoch nicht die Mühe, eine differenzierte Betrachtung anzustellen. Dazu sind Sie vom Verfassungsgericht aber aufgefordert worden.

Was die Bezirke angeht, denke ich an die Zusage des Herrn Ministerpräsidenten Seehofer, der gesagt hat, es sei notwendig, endlich ein Teilehabegesetz zu erlassen. Ich kritisiere in diesem Zusammenhang, dass der Freistaat dennoch nicht beginnt, seinen

Anteil an den Aufgaben der Eingliederungshilfe wahrzunehmen. Lediglich 240 Millionen Euro stellt er dafür zur Verfügung. Es ist dringend erforderlich, die Eigenleistungen Bayerns beim Sozialhilfeausgleich an die Bezirke endlich an die wachsenden Aufgaben in diesem Bereich anzupassen. Die Koalition verlagert wichtige Aufgaben auf die Kommunen und entledigt sich ihrer Mitverantwortung.

Die Kommunen brauchen Mittel, mit denen sie selbst gestalten können. Sie haben nichts davon, wenn Mittel, die dem Finanzausgleich entnommen worden sind, in irgendwelche Investitionsfördertöpfe gesteckt werden. In den Haushaltsberatungen haben wir die kommunale Sonderbaulast kritisiert. Das Beispiel zeigt: Sie von der Koalition entnehmen dem kommunalen Finanzausgleich Mittel, die den Kommunen gehören, stecken diese Mittel in einen eigenen Topf und verteilen sie relativ intransparent in der Landschaft. Niemand weiß, nach welchen Prioritäten sie verteilt werden. So werden einer einzigen Gemeinde, nämlich Wertingen im Stimmkreis des Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, 10 Millionen Euro für eine relativ fragwürdige Straßenkreuzungslösung versprochen. Das kann es nicht sein. Gebt den Kommunen das Geld zur eigenen Gestaltung!

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Die Steuereinnahmen der Kommunen erholen sich nur sehr langsam. Das ist kein Wunder; schließlich haben die schwarz-gelben Steuergesetze auf Bundesebene eine deutlich negativere Auswirkung auf die Finanzkraft der Kommunen als auf die des Freistaates. Im Vergleich zum Anstieg der Ausgaben im Sozialbereich erholen sich die Steuereinnahmen deutlich langsamer, als die Sozialausgaben steigen. Ich erinnere an das Teilhabegesetz.

In den ersten drei Quartalen des Jahres 2010 überstiegen die Ausgaben der Kommunen in Bayern die Einnahmen um 652 Millionen Euro. Das sind Verluste, die in den Folgejahren ausgeglichen werden müssen. Die Kommunen sind also auch in Bayern strukturell erheblich unterfinanziert. 39 % der bayerischen Kommunen konnten 2010

keine Zuführung zum Investitionshaushalt erwirtschaften. Rücklagen werden abgebaut, Tafelsilber wird verscherbelt, die Nettoneuverschuldung steigt. Die Probleme werden durch die Staatsregierung kaschiert, indem die Aufsichtsbehörden jetzt höhere Nettoneuverschuldungen genehmigen als bisher, obwohl die Finanz- und die Ertragskraft der Kommunen nicht steigen.

Ich möchte ein Beispiel nennen.

Präsidentin Barbara Stamm: Aber nur noch eines.

Christine Kamm (GRÜNE): In Regensburg sinkt 2011 im Vergleich zu 2010 die Finanzkraft pro Einwohner um 14 %. In Landshut geht sie auf 830 Euro pro Einwohner zurück; ursprünglich lag sie bei 870 Euro. Ähnlich ist es in Augsburg: Die Finanzkraft sinkt, aber den Kommunen wird eine höhere Nettoneuverschuldung genehmigt.

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, Ihre Uhr!

Christine Kamm (GRÜNE): Bitte?

Präsidentin Barbara Stamm: Bitte beachten Sie Ihre Uhr.

Christine Kamm (GRÜNE): Die Uhr?

Präsidentin Barbara Stamm: Ja.

Christine Kamm (GRÜNE): Sie schieben letztlich Schulden auf die Kommunen und lösen die Haushaltsprobleme des Freistaats nicht. Von daher sind Sie gefordert, künftig genauer hinzusehen, wie es den Kommunen geht, und die Haushalte der Kommunen besser im Blick zu behalten.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die FDP-Fraktion darf ich Herrn Kollegen Klein das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Karsten Klein (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Abschluss des Tages möchte ich die Gelegenheit nutzen, um allen zu danken.

(Zurufe der FDP und der CSU: Kurz und knackig!)

- Das darf ich doch wohl machen. Ich habe zehn Minuten Redezeit.

Ich danke zuallererst dem Ausschussdienst. Dessen Mitarbeiter haben uns vielfältig unterstützt, insbesondere die Unterlagen für die Ausschusssitzungen vorbereitet. Ich danke auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktionen und des Ministeriums. Mein Dank gilt ebenso dem Minister und dem Staatssekretär. Vor allem danke ich dem Ausschussvorsitzenden Georg Winter und dem stellvertretenden Ausschussvorsitzenden Volkmar Halbleib; sie alle können das im Protokoll nachlesen. Nicht unerwähnt lassen möchte ich die Kolleginnen und Kollegen des Haushaltsausschusses. Es ist mir ein besonderes Bedürfnis, das an dieser Stelle noch einmal zu sagen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich will meine Redezeit nicht allzu sehr ausreizen, möchte aber doch auf ein paar inhaltliche Punkte kurz eingehen. Uns als FDP-Fraktion war es wichtig, im Haushaltsgesetz nachzusteuern, was die Schulfinanzierung angeht; ich verweise auf die Montessori-Schulen. Kollege Winter hat zu Recht darauf hingewiesen, dass wir den Pauschalbetrag - wir sind in die Pauschalierung eingestiegen; das ist grundsätzlich zu befürworten - angehoben haben. Wir haben auch gemeinsam dafür gesorgt, dass es eine Übergangszeit für diejenigen gibt, die zunächst einmal - in Anführungszeichen - "Gewinner" oder "Verlierer" sind, bei denen also die Summen, die sie bisher vom Freistaat bekommen haben, höher bzw. niedriger sind als die Summen, die sie künftig erhalten. Wir haben eine Frist eingebaut, in der die Beträge abschmelzen bzw. anwachsen. Das ist eine gute Maßnahme, die diesen Schulen entgegenkommt. Damit wird auch dieses Problem - zum Teil jedenfalls - gelöst.

Kollege Halbleib hat das Thema Schuldenbremse angesprochen. Es ist ein Missverständnis, wenn davon ausgegangen wird, dass wir die Maßnahme im Zusammenhang mit der Landesbank nicht hätten ergreifen dürfen, wenn die Schuldenbremse schon zu Anfang der Legislaturperiode gegolten hätte. Dass dieses Missverständnis entstehen konnte, liegt daran, dass Kollege Halbleib den Entwurf, den wir vor Weihnachten erstellt haben, nicht kennen kann; er liegt noch bei den Kollegen der CSU. Natürlich ist es wie auf Bundesebene auch nach unserem Entwurf für eine Schuldenbremse möglich, dass der Freistaat in einer Situation wie der Finanzkrise, in der wir für die Landesbank tätig werden müssen, tatsächlich tätig wird. Wir würden uns doch jegliche politische Aktionsmöglichkeit beschneiden, wenn wir eine solche Möglichkeit in unserem Entwurf nicht vorsähen. So viel Voraussicht können Sie uns dann doch zutrauen.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Unsere Fraktion ist stolz darauf, dass wir am Ende der Haushaltsberatungen noch einmal Mittelverstärkungen vornehmen konnten, vor allem im Bereich der Bildung. Das Schulfinanzierungsgesetz habe ich schon angesprochen. Den Schulgeldersatz konnten wir anheben. Unserem im Koalitionsvertrag formulierten Ziel, den Schulgeldersatz auf 100 Euro zu erhöhen - ich sehe die Kolleginnen Will und Sandt in den hinteren Reihen sitzen -, kommen wir näher. Beim Jugendring, der Schülervertretung und der Handwerksförderung kürzen wir nicht. Dass auf den Bildungsbereich großer Wert gelegt wird, ist sowohl der FDP-Fraktion als auch den Kolleginnen und Kollegen der CSU ein besonderes Anliegen. Was die Gelder für die Schülermitvertretung angeht, möchte ich die Kollegen der FREIEN WÄHLER nicht unerwähnt lassen; denn sie haben tatkräftig mitgekämpft.

Wir haben uns aber auch für eine Mittelverstärkung im Bereich der Schülerbeförderung eingesetzt. Dass ein neues System der Sollkostensatzberechnung eingeführt wird, ist ein gutes Signal, das von diesem Haushaltsgesetz ausgeht. Auch das ist eine gute Botschaft.

Am Ende dieses Tages darf ich die der FDP-Fraktion wichtigen Schwerpunkte in der Haushaltsberatung zusammenfassen. Für uns ist es wichtig - auch wenn Sie das nicht hören wollen -, dass wir einen Haushalt ohne neue Schulden verabschieden. Wir kommen mit dem Geld aus, das uns zur Verfügung steht. Wir investieren - sowohl im Gesamthaushalt als auch im Rahmen des Programms "Aufbruch Bayern" -, aber wir sparen auch. Das unterscheidet uns von der Haushaltssituation in vielen anderen Ländern. Uns ist in der Haushaltspolitik ein Dreiklang gelungen. Die FDP-Fraktion hat sich, wie gesagt, schon seit eineinhalb Jahren mit diesem Doppelhaushalt auseinandergesetzt. Uns ist es besonders wichtig, dass wir mit 15,9 Milliarden Euro die Hälfte der uns zur Verfügung stehenden Mittel - das sind nur 32 Milliarden Euro - in den Bildungsbereich investieren. Die Schwerpunktsetzung der Koalition aus FDP und CSU ist klar erkennbar. Darauf sind wir stolz.

Wir sind auch stolz darauf, dass viele Ziele, die im Koalitionsvertrag formuliert worden sind, umgesetzt werden können. Ich möchte das nicht alles erwähnen, weil die Nerven vielleicht arg strapaziert würden.

Zur Kollegin Gote möchte ich noch etwas sagen; denn sie scheint den roten Faden in der Wissenschaftspolitik verpasst zu haben. Frau Gote, ich habe Ihnen vorhin aufmerksam zugehört. Vielleicht ist Ihnen entgangen, dass wir ein Hochschulgesetz auf den Weg gebracht haben, mit dem die Autonomie der Hochschulen gestärkt worden ist. Das ist ein äußerst liberales Projekt unseres Wissenschaftsministers Wolfgang Heubisch.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Wenn Sie das Gesetz im Parlament mitberaten haben, erinnern Sie sich vielleicht daran, dass wir die Möglichkeiten des Hochschulzugangs für Meister und Gesellen erweitert haben. Das alles sind Themen, die wir in der Koalition vorangebracht haben. Da sehe ich den roten Faden in der Politik dieser Staatsregierung durchaus.

Ich möchte mich für die Aufmerksamkeit und für das lange Ausharren der Mitglieder dieses Hauses besonders bedanken.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich dem Herrn Staatsminister der Finanzen das Wort erteilen.

Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Saaldiener haben mich gerade darauf hingewiesen, jetzt sei es angebracht, die 45 Minuten Redezeit voll auszuschöpfen, um das gesamte Werk, das in den letzten drei Tagen in einer, so glaube ich, wichtigen Generaldebatte ausgeleuchtet wurde, im richtigen Licht darzustellen. Ich glaube, es liegt in Ihrem Interesse, wenn ich mich an den Rat der Saaldiener ausnahmsweise nicht halten werde. - Lieber Herr Klein, ich mache da weiter, wo Sie geendet haben.

Namens der Staatsregierung danke ich dem Hohen Haus für eine engagierte und sachkundige Beratung des Doppelhaushalts 2011/12. Mein besonderer Dank gilt - das liegt in der Natur der Sache - den Mitgliedern des Haushaltsausschusses sowie dem Vorsitzenden Georg Winter und seinem Stellvertreter Herrn Halbleib. Seitens der Staatsregierung sage ich: Man darf nicht vergessen, dass den drei Tagen Generaldebatte zu allen Einzelplänen eine sehr intensive Arbeit im Haushaltsausschuss vorangegangen ist. 5.300 Seiten Haushaltskompendium waren zu bewältigen.

An dieser Stelle darf man festhalten: Wir haben in Bayern einen Doppelhaushalt, der - man muss die Eckpunkte, die Schwerpunktsetzungen, die Initiativen, die Programme und die Projekte zur Kenntnis nehmen - für einen wichtigen Aufbruch in den Jahren 2011/12 steht, den der Freistaat Bayern, die Politik und die Gesellschaft in Bayern in den nächsten zwei Jahren machen werden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das ist deshalb wichtig, weil wir in den beiden bisherigen Doppelhaushalten ganz gezielt auf die aktuelle Situation reagiert haben. In einer Zeit, in der die Weltwirtschaft stehen geblieben ist, haben wir investiert, haben wir staatliche Investitionen nach vorn gebracht. Wir haben uns eine Ausgangslage erarbeitet, auf die Europa neidisch ist. Man blickt auf Deutschland. In Deutschland blickt man auf Bayern. Wir haben es geschafft, obwohl wir von den Einbrüchen der Weltwirtschaft am stärksten getroffen waren. Wir haben die Krise schnell hinter uns gelassen.

Umso wichtiger ist es, dass wir mit diesem Doppelhaushalt, der die Schwerpunkte auf Bildung, Familien, Forschung und Entwicklung, Infrastruktur und Innovation setzt, jetzt die Chancen nutzen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das alles wird deshalb umso erfolgreicher sein, weil wir an dem zentralen Alleinstellungsmerkmal der bayerischen Haushaltspolitik festgehalten haben. Denn dieser Haushalt kommt, obwohl er auf Investitionen, Bildung, Familien und Innovation setzt, zum sechsten und siebten Mal ohne neue Schulden aus. Die Politik in Bayern fußt auf soliden Finanzen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Bayern ist - das darf man sagen - heute da, wo andere Länder in den nächsten Jahren erst noch hinhinmüssen. Das gilt sowohl für andere Bundesländer als auch für den Bund als auch für andere Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Bayern schafft es. Wenn Bayern es schafft, sind wir auch in der Lage, Gleiches von anderen Ländern in Deutschland und Europa zu verlangen. Das muss unsere Position sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Bei dieser Gelegenheit bedanke ich mich beim Parlament dafür, weil es die Staatsregierung bei einer zentralen Entscheidung unterstützt hat. Deshalb will ich die Umsetzung des Konjunkturpakets noch einmal kurz ansprechen.

Am Ende gibt es eben doch zwei unterschiedliche Möglichkeiten. Es gibt die Möglichkeit, mit der Gießkanne über das Land zu gehen und das Geld zu verteilen. Dies wird aber nicht funktionieren; denn am Ende wird man damit keine positiven Effekte erzielen. Der schwierigere Weg ist, Eckpunkte und Prioritäten zu setzen. Dieser Weg ist uns in Bayern gelungen.

Ich erinnere an Folgendes: Wir haben im Kampf gegen die Wirtschaftskrise im Wege des Investitionsgesetzes insgesamt 10 Milliarden Euro ausgeschüttet. Es ist Geld der Bundesrepublik Deutschland für die Länder. Bayern erhielt davon 1,43 Milliarden Euro. Zu diesen Mitteln mussten der Freistaat und die Kommunen mindestens 480 Millionen Euro beisteuern. Die Umsetzung dieser Maßnahme ist in Bayern zu einem echten Erfolgserlebnis geworden. Wir haben ein Paradebeispiel abgegeben. Aktuell machen 3.770 Einzelmaßnahmen mit einer Gesamtinvestitionssumme von über 2,46 Milliarden Euro die Umsetzung des Konjunkturpakets aus.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dem Landtag und den Kommunen in Bayern ist es gemeinsam gelungen, die Investitionssumme Bayerns im Rahmen des Konjunkturpakets um 1 Milliarde Euro zu erhöhen. Das ist ein Erfolg bayerischer Landespolitik.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Mit dem Konjunkturpaket - das ist wichtig, weil es in diesen Doppelhaushalt hineinstrahlt - stärken wir nachhaltig Investitionen in die Zukunft. Von dem gesamten Investitionsvolumen entfallen 210 Millionen Euro auf die energetische Sanierung von Kindertageseinrichtungen, 830 Millionen Euro auf die energetische Sanierung und Modernisierung von Schulen, 206 Millionen Euro auf den Neubau und die Modernisierung von Hochschulbauten und 145 Millionen Euro auf den Forschungsbereich.

Noch im Jahr 2011 stehen insgesamt rund 830 Millionen Euro Fördermittel des Bundes und des Freistaates Bayern zur Verfügung. Davon wurden - wir schreiben diese Erfolgsgeschichte weiter - bis Ende März bereits 126 Millionen Euro ausgezahlt. Bis

Ende 2011 können in Bayern noch einmal 700 Millionen Euro in Zukunftsinvestitionen fließen.

Wir setzen das Konjunkturpaket zügig und erfolgreich um. Wir legen damit die Grundlagen für eine gute Zukunft unserer Heimat.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das Bemerkenswerte an unserem Doppelhaushalt und an den Entwurf, dem zuzustimmen ich Sie bitte, ist: Auf die positive Grundstimmung legen wir bei diesem Doppelhaushalt noch einmal Mittel für Investitionen in unsere Zukunft drauf. Wir investieren in beste Ressourcen. Wir stärken unsere Familien. Wir pflegen den Rohstoff Geist und fördern Innovationen. Es gibt kein zweites Bundesland, welches das Konjunkturpaket so erfolgreich umsetzt und das in dieser Situation noch obendrauf investiert.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Weil wir uns nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen und es falsch wäre, jetzt die Hände in den Schoß zu legen, weil es darauf ankommt, die Chancen zu nutzen, machen wir jetzt Bayern fit für die Zukunft.

Dabei setzen wir Schwerpunkte. 2,2 Milliarden Euro stehen allein für die Familien zur Verfügung. Für deren Unterstützung geben wir 2.200 Millionen Euro im Jahr 2012 aus.

Liebe Frau Stamm, Sie können natürlich Ihre Kürzungsvorschläge vorstellen. Dann müssen Sie der bayerischen Öffentlichkeit erklären, dass die GRÜNEN das Landeserziehungsgeld gestrichen haben wollen. Dieser Hinweis hat hier heute gefehlt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir erhöhen die familienbezogenen Leistungen noch einmal um 200 Millionen Euro. Wir setzen dabei auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, weil wir die Kommunen unterstützen. Wir setzen das Sonderprogramm zur Förderung der Investitionen des Krippenausbaus fort. Das Volumen des Investitionsförderprogramms erreicht jetzt eine

knappe halbe Milliarde Euro. 500 Millionen Euro geben wir den Kommunen in Bayern, damit sie die Kinderbetreuungseinrichtungen für die Kleinsten aller Kleinen ausbauen. Das ist in Deutschland einmalig.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Der zweite Teil unserer Familienmilliarden geht in die Betriebskosten der Kinderbetreuung. Der Zuschuss des Freistaats Bayern an die Kommunen für die Beteiligung an den Betriebskosten wird bis zum Jahr 2012 auf über 1 Milliarde Euro, auf über 1.000 Millionen Euro anwachsen. Es gibt kein zweites Bundesland, das sich so stark an den Betriebskosten beteiligt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Weil das Fundament der bayerischen Erfolgsgeschichte vor allen Dingen die hohe Qualität unserer Schulen und Hochschulen ist, machen wir die Qualität zukunftsfest. Wir erhöhen im Jahre 2011 die Bildungsausgaben.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, einen Moment bitte. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen um etwas mehr Ruhe. Wir sind bald zu Ende. Herr Minister, bitte.

Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium): Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. Da können auch die Damen und Herren der Opposition die Fakten nicht bestreiten. Mit 15,4 Milliarden Euro - das sind zwei Milliarden mehr Ausgaben für Bildung, Schulen und Hochschulen als im Jahr 2008 - haben wir ein Drittel aller Gesamtausgaben des bayerischen Staatshaushalts in die Bildung, in den Rohstoff Geist geleitet. Es gibt kein Bundesland, das sich so stark für Bildung, Schulen und Hochschulen und für die berufliche Bildung und Weiterbildung engagiert, wie der Freistaat Bayern. Wir setzen auf Familie und Bildung.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Drittens stärken wir gezielt Forschung und Entwicklung. Da wir wissen, dass wirtschaftlicher Erfolg und eine gesunde Umwelt in Bayern Hand in Hand gehen, investieren wir nicht nur in fortschrittliche Projekte wie beispielsweise 64 Millionen Euro in die Zukunft der Elektromobilität, sondern wir investieren natürlich auch in die Energiewende und in den Klimaschutz. Kein anderes Bundesland in Deutschland investiert in einer vergleichbaren Größenordnung staatliche Mittel zum Beispiel in den Klimaschutz. Mit dem laufenden, im Jahre 2011 noch aktiven Programm steuern wir 350 Millionen Euro in den Klimaschutz und in die Energiewende. Wer heute behauptet, Bayern würde nichts für die Energiewende tun, hat den Haushalt nicht gelesen.

(Beifall bei der CSU)

Investitionen in die Solartechnik, Investitionen in die Energieforschung, all das sieht dieser Doppelhaushalt vor. Ich glaube, es ist der Situation angemessen, das Maßnahmenpaket jetzt aktuell in einer interministeriellen Arbeitsgruppe zu prüfen. Denn jetzt haben wir zu entscheiden, welche Maßnahmen wir fortsetzen und welche Maßnahmen wir künftig machen wollen. Sie können uns, der CSU, doch nicht vorwerfen, dass sie ein Sofortprogramm mache, wenn Sie am Ende erkennen müssen, dass die Aufgabe, die Energiewende zu beschleunigen, Punkt für Punkt abgearbeitet werden muss. Wir setzen die Grundlage im Haushalt des Jahres 2011 und steuern in 2012 nach. Wir nehmen diese Herausforderung ernst.

(Beifall bei der CSU)

Ein weiterer Schwerpunkt beim Ausbau von Technologie- und Forschungszentren ist die Biosystemforschung. Ich nenne als einen Schwerpunkt die Carbonfaser-Technologie in Augsburg. Wir setzen dabei auf den Fortschritt und die Entwicklung in allen Regionen. Lesen Sie den Doppelhaushalt, dann stellen Sie fest, dass in allen Bereichen Bayerns, in Neustadt an der Saale, im Bayerischen Wald, in Sulzbach-Rosenberg, in Lichtenfels, in Nördlingen, in Hof, überall in die Zukunft investiert wird. Es gibt kein

zweites Bundesland, das mit einem solchen Volumen versucht, die Zukunft zu gestalten und einen Aufbruch für das ganze Land zu bewirken. Wir wollen die Chancen dafür jetzt nutzen.

(Beifall bei der CSU)

Dieses Engagement zahlt sich aus. Die Abrechnung des Länderfinanzausgleichs bringt Bayern für das Jahr 2010 eine Erstattung in Höhe von 433 Millionen Euro. Dadurch sind wir in der Lage, auf die im Regierungsentwurf für 2011 noch vorgesehene rückzahlbare Ablieferung des Grundstocks in Höhe von 378 Millionen Euro zu verzichten. Das meinte ich, als ich bei der Einbringung des Doppelhaushaltes sagte, wir entnehmen dem Grundstock nicht mehr als wir müssen.

Das ist Finanzpolitik in der Symmetrie! Das ist Finanzpolitik, die der Situation entsprechend reagiert. Wenn die freie Wirtschaft zurückgeht, gehen wir als Staat hinein. Wir gehen aber nicht in den Konsum, sondern wir gehen in die Strukturen und investieren in die Zukunft. Und wenn dann die Wirtschaft wieder anzieht, haben wir die entsprechende Rendite und ziehen uns wieder zurück. Wir sparen in der Zeit, damit wir in der Not reagieren können.

(Beifall bei der CSU)

Das ist im Übrigen auch keine Verschuldung. Eine rückzahlbare Grundstockablieferung ist ein Umsteuern im eigenen Vermögen des Freistaates Bayern. Das ist vergleichbar mit jeder Umbuchung, die Sie machen, wenn Sie vom Sparbuch auf das Girokonto gehen oder umgekehrt. So versucht man die Möglichkeiten des Landes zu stärken und so haben wir in der Vergangenheit Bayern von anderen Bundesländern abgesetzt. Was in der Vergangenheit richtig war, ist auch gut für die Zukunft.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Thomas Dechant (FDP): Bravo, das ist die richtige Entscheidung!)

Ich will den kommunalen Finanzausgleich nicht allzu lange ausleuchten, aber einen Effekt möchte ich doch ansprechen, weil er mir wichtig erscheint. Es wurde uns hier vorgeworfen, wir würden immer nur auf Berlin zeigen. Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir beteiligen uns in Berlin zum Wohle der bayerischen Kommunen. Wir entwickeln eine Politik aus einem Guss, wir streben einen starken kommunalen Finanzausgleich und wichtige Grundentscheidungen in Berlin zugunsten der bayerischen Kommunen an.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Insbesondere die Entscheidung zur Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den Bund bringt den bayerischen Kommunen eine erhebliche finanzielle Entlastung. Nach unseren Schätzungen werden die bayerischen Kommunen im nächsten Jahr um 141 Millionen Euro entlastet. Im Jahr 2013 wird sich dieser Betrag schon auf 288 Millionen Euro erhöhen und ab dem Jahre 2014 sind es etwa 414 Millionen Euro. Das ist fast eine halbe Milliarde Euro. Da sehen Sie, wie gut wir beraten waren, auf diesen Teil zu setzen, weil die Dynamik den bayerischen Kommunen die Luft zum Atmen genommen hätte. Das ist ein Erfolg bayerischer Verhandlungsführung.

(Beifall bei der CSU)

Gleichzeitig sind wir der festen Überzeugung, dass die Konsolidierung des Staatshaushalts kein Selbstzweck ist. Chancen für morgen setzen voraus, die nötigen Freiräume bereits heute zu schaffen. Das ist unsere Grundlinie. Deshalb müssen wir sparen, um gezielt Schwerpunkte in Zukunftsfeldern setzen zu können.

Diese Aufgabe ist noch nicht erledigt. Bayern musste im Jahre 2009 einen besonders starken Einbruch des Wirtschaftswachstums verkraften. Der Rückgang um 4,7 % entspricht genau dem Bundesdurchschnitt. Dadurch, dass Bayern deutlich stärker europäisch ausgerichtet war, und dadurch, dass in Bayern deutlich mehr Unternehmen, auch kleinere und mittelständische Unternehmen, international engagiert sind, ist es

uns gelungen, zu erreichen, dass in Bayern die Einbrüche nicht stärker waren als im Bundesdurchschnitt.

Viel wichtiger ist noch, dass wir diesen Effekt im letzten Jahr stärker als viele andere Bundesländer aufgefangen haben. Wir haben im Jahre 2010 in Bayern mit einem Wirtschaftswachstum von 3,9 % den bundesweiten Durchschnitt übertroffen. Wir haben richtig abgefedert und im Jahre 2010 sogar vorgelegt. Diesen Effekt wollen wir fortsetzen. Deshalb setzen wir die richtigen Schwerpunkte und zählen auf ein gutes und erfolgreiches Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Wir sind aber immer noch in der Aufholphase. Wir dürfen trotz der aktuellen Meldungen über die Verbesserungen bei den Steuereinnahmen in den ersten zwei Monaten nicht vergessen, dass wir nach den letzten Novemberschätzungen erst im Jahre 2012 den Stand wie vor der Finanzkrise erreichen.

Der Blick auf die Finanzplanungsjahre 2013/2014 zeigt, dass wir die bayerischen Finanzen auch künftig konsolidieren müssen. Das Gebot der Stunde ist jetzt, nicht auf den Lorbeeren auszuruhen, sondern die Zukunft zu gestalten und trotzdem Maß zu halten. Nicht alles, was wünschenswert ist, kann automatisch auch finanziert werden.

(Alexander König (CSU): Genau!)

Es ist notwendig, Schwerpunkte zu setzen und auch einmal Nein zu sagen. Das gilt auch für die nächsten Jahre, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Alexander König (CSU): Jeder verantwortungsvolle Familienvater weiß so etwas!)

Man kann nicht, wie man es auf der ganzen Welt erlebt, Schulden mit Schulden bekämpfen. Wir müssen jetzt, in besseren Zeiten, Reserven anlegen, um auch zukünftigen Krisen entgegenzutreten zu können.

Wir müssen deshalb in den kommenden Jahren folgenden finanzpolitischen Spagat schaffen: Erstens die Ausgaben weiter begrenzen; zweitens verbleibende strukturelle Defizite abbauen; drittens für schlechte Zeiten wieder vorsorgen, indem wir unsere Rücklagen auffüllen.

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, führt mich noch einmal zur Situation der Beamtinnen und Beamten. Ich hatte bereits bei der Einbringung des Doppelhaushalts 2011/2012 betont, dass angesichts des Anteils der Personalausgaben am Gesamthaushalt, der über 40 % beträgt, Veränderungen im Personalbereich unvermeidbar sind. Dazu gehört jetzt insbesondere die Nullrunde bei den Beamtinnen und Beamten in diesem Jahr. Ich sage Ihnen aber zu: Wir werden den Nachtragshaushalt dafür nutzen, zu prüfen, welche Spielräume unter Berücksichtigung der gesamten Einnahme- und Ausgabensituation für die Bezügerunde 2012 bestehen,

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

und wir werden diese Gespräche schon mit der Steuerschätzung im Mai beginnen. Mir ist wichtig, dass wir unseren Mitarbeitern im öffentlichen Dienst so früh wie möglich das Signal geben, dass wir ihre Leistungskraft schätzen und auf sie bauen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU - Zuruf von der CSU: Bravo! Das ist eine sehr gute Entscheidung! - Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Wenn man aber am Ende noch einmal kurz um sich blickt, muss man auch darauf hinweisen, dass wir nicht wissen, wie die schreckliche Natur- und Atomkatastrophe in Japan die weitere wirtschaftliche Entwicklung auch in Deutschland beeinflussen wird. Auch ein Blick nach Libyen, die fortbestehende Krise in einigen Euro-Ländern, aber auch die Gefahr steigender Energie- und Rohstoffpreise und das Inflationsrisiko zeigen: Wir müssen auch wieder mit schlechteren Zeiten rechnen. Daher müssen wir uns noch stärker als bisher auf die Kernaufgaben des Staates beschränken. Nur wenn wir das tun, können wir auch in Zukunft bei den richtigen Schwerpunkten Geld in die Hand nehmen und uns über die Entwicklung und Fortschreibung des Erfolgsmodells Bayern

von anderen Bundesländern absetzen. Wir können nicht alles fachlich Wünschenswerte finanzieren, sondern wir müssen gezielt und konsequent die richtigen Schwerpunkte setzen. Das ist mit dem Doppelhaushalt 2011/2012 gelungen.

Deshalb bitte ich Sie: Stimmen Sie diesem Doppelhaushalt zu, damit die Fortsetzung unseres bayerischen Stabilitätskurses eingehalten werden kann. Sagen Sie Ja zu mehr Gestaltungsmöglichkeiten und auch in Zukunft Nein zu weiteren Schulden. Das sind wir unseren Kindern und auch unseren Enkeln schuldig.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall und Zurufe von der CSU und der FDP: Bravo!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

(Unruhe)

- Ich bitte darum, jetzt konzentriert abzustimmen. Es gibt auch noch freudige Überraschungen: Die namentlichen Abstimmungen werden weniger.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir sollten jetzt also konzentriert arbeiten.

(Unruhe)

- Verehrte Kolleginnen und Kollegen, darf ich nun beginnen? - Die Tagesordnungspunkte werden wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über das Finanzausgleichsänderungsgesetz 2011 abstimmen. Das ist Tagesordnungspunkt 17. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 16/6879, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7835 mit 16/7839 und

die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/8200 zugrunde.

Vorweg lasse ich über die vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7835 mit 16/7839 abstimmen. Besteht Einverständnis, dass wir über die Änderungsanträge insgesamt abstimmen? - Das ist der Fall. Dann lasse ich abstimmen.

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem Abstimmungsverhalten seiner Fraktion im jeweils federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. - Stimmenthaltungen? - Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten, und damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Den Gesetzentwurf empfiehlt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur unveränderten Annahme. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP und Frau Kollegin Dr. Pauli. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. - Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Das sind die CSU- und die FDP-Fraktion sowie Frau Kollegin Dr. Pauli. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. - Das sind die Fraktionen der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FREIEN WÄHLER sowie Frau Abgeordnete Stewens (CSU). Stimmenthaltungen? - Keine.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das Gesetz ist damit angenommen. Es hat den Titel "Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2011)".

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 13. Das ist der Tagesordnungspunkt 18. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2011/2012, Einzelplan 13, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7893 mit 16/7934 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/8175 zugrunde.

Vorweg lasse ich über die Änderungsanträge abstimmen.

Zunächst lasse ich über den Änderungsantrag der Abgeordneten der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/7904, betreffend Klimaprogramm in Bayern abstimmen. Hierzu war namentliche Abstimmung beantragt. Von dieser namentlichen Abstimmung ist jetzt abgesehen worden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ein Dankeschön an die Kolleginnen und Kollegen der Opposition. Wer dem Änderungsantrag der Abgeordneten der SPD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER, die SPD-Fraktion, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Frau Kollegin Dr. Pauli. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. - Das sind die CSU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf der Drucksache 16/7906 betreffend Klimaprogramm Bayern 2020 - Waldumbau, abstimmen. Auch hierüber wird nicht namentlich abgestimmt. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die SPD-Fraktion, die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, die Fraktion der FREIEN WÄHLER und Frau Kollegin Dr. Pauli. Ich

bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. - Das sind die CSU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Stimmenthaltungen? - Keine. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Ich komme jetzt zum Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 16/7921, betreffend "Neuaufnahme: Mittel für energetische Sanierung kommunaler Gebäude". Auch hierzu wurde zunächst namentliche Abstimmung beantragt, dieser Antrag wurde aber zurückgezogen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich lasse also über den Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte die Gegenstimmen anzuzeigen. - Das sind die CSU- und die FDP-Fraktion und Frau Kollegin Dr. Pauli. Stimmenthaltungen? - Keine. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Ich darf jetzt abstimmen lassen über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/7909, "Klimaprogramm Bayern 2020 - Sonderprogramm „Energieautarke Gemeinden“". Auch hier wurde zunächst namentliche Abstimmung beantragt; das ist zurückgezogen worden. Wer diesem Änderungsantrag der SPD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FREIEN WÄHLER, die SPD-Fraktion, die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und Frau Kollegin Dr. Pauli. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Das sind die CSU-Fraktion und die FDP-Fraktion. - Stimmenthaltungen? - Keine. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Ich komme zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/7910, betreffend "Klimaprogramm Bayern 2020 - Zuschüsse für Errichtung und zum Betrieb von Energieagenturen". Auch hier wurde zunächst namentliche Abstimmung beantragt; das wurde zurückgezogen. Wer diesem Änderungsantrag der SPD-Fraktion seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FREIEN WÄHLER, die SPD, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich

anzuzeigen. - Das sind die CSU und die FDP. Stimmenthaltungen? - Bei Stimmenthaltung der Frau Kollegin Dr. Pauli ist dieser Antrag ebenfalls abgelehnt.

Jetzt kommen wir zu einer namentlichen Abstimmung, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Das ist der Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 16/7934, betreffend "Fortführung Klimaprogramm Bayern unter Effizienzgesichtspunkten nach erfolgter Evaluation". Die Urnen sind aufgestellt. Ich bitte, mit der Stimmabgabe zu beginnen. Vier Minuten setze ich dafür an.

(Namentliche Abstimmung von 18.42 bis 18.46 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist um. Ich bitte, die Stimmkarten außerhalb des Saales auszuzählen. Ich unterbreche jetzt die Sitzung, bis wir das Abstimmungsergebnis bekannt geben können. Ich würde aber bitten: Bleiben Sie im Saal, dann kann ich nämlich die Zeit bei der nächsten namentlichen Abstimmung, die wir noch haben, verkürzen. - Ich weiß, die Züge fahren.

(Unterbrechung von 18.47 bis 18.49 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte die Sitzung wieder aufnehmen. Bitte nehmen Sie Platz.

Ich darf Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN "Fortführung des Klimaprogramms Bayern unter Effizienzgesichtspunkten nach erfolgter Evaluation", Drucksache 16/7934, bekanntgeben. Mit Ja haben 53, mit Nein haben 87 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen, damit ich in der Abstimmung fortfahren kann. -

(Ulrike Gote (GRÜNE): Setzt euch doch endlich hin!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es ist Ihre Zeit. Ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen. Ich werde über den Haushalt nur in geordneten Verhältnissen abstimmen lassen. -

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): So geordnet wie der Haushalt!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Einzelplan 13 wird vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/8175 aufgeführten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 13 entsprechend dieser Beschlussempfehlung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. - Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und Frau Kollegin Dr. Pauli. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Einzelplan 13 mit den vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Soweit über die vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge nicht einzeln abgestimmt worden ist, haben diese gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung ihre Erledigung gefunden. Insoweit verweise ich auf Abschnitt II der Ihnen vorliegenden Liste.

(Siehe Anlage 8)

Außerdem schlägt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen in seiner Beschlussempfehlung noch verschiedene Ermächtigungen des Staatsministeriums der Finanzen vor. Im Einzelnen verweise ich wiederum auf die Drucksache 16/8175.

Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. - Das ist die Fraktion der SPD. Stimmenthaltungen? - Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und Frau Kollegin Dr. Pauli. Es ist so beschlossen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, damit ist die Beratung des Einzelplans 13 abgeschlossen.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den Entwurf des Haushaltsgesetzes 2011/2012. Das ist der Tagesordnungspunkt 19. Der Abstimmung liegen die Regierungsvorlage auf Drucksache 16/6880 und die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7840 mit 16/7845 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/8201 zugrunde.

Vorweg lasse ich jetzt über die vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Teile des Änderungsantrags von Abgeordneten der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/7840 in namentlicher Form abstimmen. Ich bitte Sie, Ihre Stimmkarten abzugeben. Für die Abstimmung stehen drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 18.53 bis 18.57 Uhr)

Die Zeit ist um. Die Stimmabgabe ist geschlossen. Ich unterbreche die Sitzung, bis die Stimmkarten ausgezählt sind. Ich darf darauf hinweisen, dass wir noch die Schlussabstimmung durchführen müssen.

(Unterbrechung von 18.57 bis 19.00 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte die Sitzung wieder aufnehmen, bitte nehmen Sie Ihre Plätze wieder ein. -

(Allgemeine Unruhe)

Bitte nehmen Sie die Plätze wieder ein.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, besteht damit Einverständnis, dass wir über die vom federführenden Ausschuss ganz oder teilweise zur Ablehnung vorgeschlagenen

Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7841 mit 16/7845 insgesamt abstimmen?

- Das ist der Fall. Dann lasse ich abstimmen.

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens beziehungsweise mit dem Abstimmungsverhalten seiner Fraktion im jeweils federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Keine. Stimmenthaltungen? - Danke schön. Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Die Änderungsanträge sind, soweit sie nicht für erledigt erklärt wurden, abgelehnt.

Herr Kollege, würden Sie bitte Ihren Platz für die Abstimmung einnehmen? - Herr Kollege Zeitler, bitte.

(Allgemeine Heiterkeit)

Ich darf jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/7840 bekannt geben: Mit Ja haben gestimmt 42 Abgeordnete, mit Nein 87; 11 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit ist der Änderungsantrag mit Ausnahme der für erledigt erklärten Nummer 3 und der ebenfalls für erledigt erklärten Teile der Nummer 4 abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 9)

Zum Gesetzentwurf empfiehlt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen Zustimmung mit der Maßgabe verschiedener Änderungen. Ich verweise insoweit auf die Drucksache 16/8201.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des federführenden Ausschusses zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CSU und die FDP. Ich bitte Gegenstimmen anzuzeigen. - Das sind die FREIEN WÄHLER, die SPD, das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Frau Kollegin Dr. Pauli. Stimmenthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. Erhebt sich hiergegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des federführenden Ausschusses seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Das sind die CSU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. - Da sind die FREIEN WÄHLER, die SPD-Fraktion, das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Frau Kollegin Dr. Pauli. Stimmenthaltungen? - Keine. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das Gesetz ist somit angenommen. Es hat den Titel "Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2011 und 2012".

Mit der Annahme des Gesetzentwurfs in der soeben beschlossenen Fassung haben die Nummer 3 und die Nummer 4 des Änderungsantrags auf Drucksache 16/7840 - soweit sie die Aufhebung der Artikel 16 und 17 betreffen - ihre Erledigung gefunden. Erledigt sind ebenso die Nummer 1 des Änderungsantrags auf Drucksache 16/7843, soweit darin auch die Aufhebung der Artikel 16 und 17 verlangt wird, und die Nummern 4 und 5 des Änderungsantrags auf Drucksache 16/7845.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, damit sind die Haushaltsberatungen abgeschlossen. Ich bedanke mich ausdrücklich beim Hohen Haus insgesamt für diese doch sehr intensiven dreitägigen Beratungen. Ich bedanke mich insbesondere beim Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Herrn Kollegen Winter, ebenso beim stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Kollegen Volkmar Halbleib, bei den Kolleginnen und Kollegen des Haushaltsausschusses, bei den Kolleginnen und Kollegen der Fachausschüsse. Ich darf ganz, ganz herzlich unseren Offiziantinnen und Offizianten danken.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Ich danke vor allem auch den Damen und Herren des Stenografischen Dienstes, die in diesen Tagen härteste Arbeit geleistet haben.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Ich danke ganz herzlich unserem technischen Dienst. Ein ganz großes Dankeschön an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die die Ausschüsse begleiten.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Der Dank an die Damen und Herren unseres Plenarreferats, an der Spitze Herrn Ludwig, darf natürlich auch nicht fehlen.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Danke schön. Ich bedanke mich auch bei unserem Herrn Ministerpräsidenten, dass er soweit irgend möglich anwesend war.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Ich bedanke mich auch bei den Kabinettskolleginnen und -kollegen, vor allem bei denen, die sehr viel anwesend waren, nicht nur bei ihrem eigenen Haushalt.

(Allgemeiner Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, die Sitzung ist geschlossen, ich danke Ihnen.

(Schluss: 19.06 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 07.04.2011 zu Tagesordnungspunkt 18: Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Haushaltsplan 2011/2012;; hier: Fortführung Klimaprogramm Bayern unter Effizienz Gesichtspunkten nach erfolgter Evaluation; (Kap. 13 31 neuer Tit.) (Drucksache 16/7934)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst			
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete			
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette		X	
Dechant Thomas			
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Felbinger Günther			
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus			
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten			
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			
Güll Martin			
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas			
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold			
Hessel Katja		X	
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann			
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia	X		
Kamm Christine	X		
Karl Annette			
Kiesel Robert			
Dr. Kirschner Franz Xaver		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lorenz Andreas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula			
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz	X		
Matschl Christa		X	
Meißner Christian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Brigitte			
Meyer Peter	X		
Miller Josef		X	
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin			
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria			
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele		X	
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard			
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland			
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard			
Rötter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid	X		
Sackmann Markus		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria			
Schindler Franz			
Schmid Georg		X	
Schmid Peter		X	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schneider Siegfried			
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan			
Schweiger Tanja			
Schwimmer Jakob		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana			
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus			
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold			
Dr. Strohmayr Simone			
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Wägemann Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell			
Zeil Martin		X	
Zeitler Otto		X	
Zelmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	53	87	0

Mitteilung

zu den Tagesordnungspunkten 17 bis 19

Aufstellung der in den Ausschüssen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Finanzausgleichsänderungsgesetz 2011 (Drs. 16/6879) zum Einzelplan 13 (Drs. 16/8175) zum Haushaltsgesetz 2011/2012 (Drs. 16/6880)

I.

Finanzausgleichsänderungsgesetz 2011 (Drs. 16/6879)

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Inge Aures u.a. SPD zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2011)
(Drs. 16/6879)
(Drs. 16/7835)
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FW) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2011)
(Drs. 16/6879)
(Drs. 16/7836)
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FW) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2011)
(Drs. 16/6879)
(Drs. 16/7837)
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FW) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur

Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2011)

(Drs. 16/6879)

(Drs. 16/7838)

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2011)
(Drs. 16/6879)
(Drs. 16/7839)

II.

Einzelplan 13

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Susann Biedefeld u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Bessere Personalausstattung in der Steuerverwaltung führt zu Steuer Mehreinnahmen im Staatshaushalt
(Kap. 13 01)
(Drs. 16/7893)
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert, Florian Ritter u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung der Staatsstraßen
(Kap. 13 03 Tit. 750 01)
(Drs. 16/7894)
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Susann Biedefeld, Florian Ritter u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Finanzierung zusätzlicher Investitionen, Personal- und Sachausgaben durch Verwendung von Grundstockmitteln
(Kap. 13 04 Tit. 314 51)
(Drs. 16/7895)
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Susann Biedefeld u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Zuschüsse an die Stiftung Haus der Kunst München GmbH
(Kap. 13 05 Tit. 683 02)
(Drs. 16/7896)

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Susann Biedefeld, Florian Ritter u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Finanzierung zusätzlicher Investitionen, Personal- und Sachausgaben durch Entnahme aus der Rücklage
(Kap. 13 06 Tit. 351 01)
(Drs. 16/7897)
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Susann Biedefeld, Florian Ritter u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Finanzierung zusätzlicher Investitionen, Personal- und Sachausgaben durch Einnahmen aus der Rückforderung von Flughafendarlehen
(Kap. 13 06 neuer Tit.)
(Drs. 16/7898)
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Sabine Dittmar u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Mittel für die Gemeinden für die Einrichtung des elektronischen Personenstandsregisters
(Kap. 13 10 Tit. 613 04)
(Drs. 16/7899)
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Inge Aures u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Allgemeine Bedarfszuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände
(Kap. 13 10 Tit. 613 31)
(Drs. 16/7900)
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Zuweisungen an Gemeinden gemäß Art. 13a, 13b und 13c FAG für den Unterhalt, Bau und Ausbau von Gemeinde- und Kreisstraßen
(Kap. 13 10 Titel 883 03)
(Drs. 16/7901)
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Inge Aures u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Mittel für die Abgeltung von Personalkosten für neue Waffenkontrolleure in den kreisfreien Gemeinden (Kreisverwaltungsbehörden)
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
(Drs. 16/7902)
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Annette Karl, Maria Noichl u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Zuschüsse zur Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung
(Kap. 13 30 Tit. 892 93)
(Drs. 16/7903)
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Klimaprogramm Bayern 2020 - Energetische Sanierung staatlicher Gebäude
(Kap. 13 31 TG 51)
(Drs. 16/7904)
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Klimaprogramm Bayern 2020 - Erhöhung der Mittel für die energetische Sanierung sozialer Infrastruktur
(Kap. 13 31 Tit. 883 57)
(Drs. 16/7905)
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Klimaprogramm Bayern 2020 - Waldumbau
(Kap. 13 31 TG 72)
(Drs. 16/7906)
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Klimaprogramm Bayern 2020 - Schutzmaßnahmen im Bergwald
(Kap. 13 31 TG 74)
(Drs. 16/7907)

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Klimaprogramm Bayern 2020 - Anpassung des Hochwasserschutz-Aktionsprogramms 2020
(Kap. 13 31 TG 76)
(Drs. 16/7908)
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Klimaprogramm Bayern 2020 - Sonderprogramm „Energieautarke Gemeinden“
(Kap. 13 31 TG 85 neuer Tit.)
(Drs. 16/7909)
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Klimaprogramm Bayern 2020 - Zuschüsse zur Errichtung und zum Betrieb von Energieagenturen
(Kap. 13 31 TG 85 neuer Tit.)
(Drs. 16/7910)
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Klimaprogramm Bayern 2020 - F+E-Projekte Verkehrsökologie
(Kap. 13 31 TG 86 neuer Tit.)
(Drs. 16/7911)
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Sonderprogramm zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung - Inklusion voranbringen
(Epl. 13 neues Kap.)
(Drs. 16/7912)
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Verstärkungsmittel für den Staatsstraßenbau
(Kap. 13 03 neuer Tit.)
(Drs. 16/7913)
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Darlehensrückfluss von der Flughafen München GmbH
(Kap. 13 06 Tit. 181 03)
(Drs. 16/7914)
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Schlüsselzuweisungen
(Kap. 13 10 Tit. 613 01)
(Drs. 16/7915)
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Pauschalzuweisungen zu den Schülerbeförderungskosten
(Kap. 13 10 Tit. 633 01)
(Drs. 16/7916)
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung des Sozialhilfeausgleichs - Zuweisung an die Bezirke gemäß Art. 15 FAG
(Kap. 13 10 Tit. 633 08)
(Drs. 16/7917)
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Zuweisungen an Gemeinden aus der Überlassung des Aufkommens an der Kraftfahrzeugsteuer gemäß Art. 13 FAG
(Kap. 13 10 Tit. 883 03)
(Drs. 16/7918)
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Investitionspauschalen an Gemeinden und Landkreise gemäß Art. 12 FAG
(Kap. 13 10 Tit. 883 44)
(Drs. 16/7919)

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Leistungen nach dem ÖPNV-Gesetz (Kap. 13 10 TG 81)
(Drs. 16/7920)
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Neuaufnahme: Mittel für die energetische Sanierung kommunaler Gebäude (Kap. 13 10 neu TG)
(Drs. 16/7921)
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Mittel für die energetische Sanierung staatlicher Gebäude (Kap. 13 31 TG 51)
(Drs. 16/7922)
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Mittel für das Programm „Bioenergie für Bayern“ (Kap. 13 31 TG 62)
(Drs. 16/7923)
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Mittel für den Waldumbau (Kap. 13 31 TG 72)
(Drs. 16/7924)
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Mittel für Schutzmaßnahmen im Bergwald (Kap. 13 31 TG 74)
(Drs. 16/7925)
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Bereitstellung von Mitteln für Zuweisungen für Hochwasserschutzinvestitionen von Gemeinden (Kap. 13 31 Tit. 883 76)
(Drs. 16/7926)
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Keine weiteren Zuschüsse für die Forschungstiftung (Kap. 13 03 Tit. 894 07)
(Drs. 16/7927)
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Zuschüsse an Sonstige zur Schaffung von Versorgungsstrukturen für ältere Menschen mit Behinderung nach Ausscheiden aus einer Förder- oder Behindertenwerkstätte (Kap. 13 03 neuer Tit.)
(Drs. 16/7929)
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Kommunaler Finanzausgleich: Kostenaufkommen der Landratsämter - übertragener Wirkungskreis (Kap. 13 10 Tit. 613 21)
(Drs. 16/7930)
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Kommunaler Finanzausgleich: Zuweisungen zur Schülerbeförderung (Kap. 13 10 Tit. 633 01)
(Drs. 16/7931)
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Kommunaler Finanzausgleich: Zuweisungen an die Bezirke gemäß Art. 15 FAG (Kap. 13 10 Tit. 633 08)
(Drs. 16/7932)

40. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Kommunaler Finanzausgleich: Entnahme kommunale Sonderbaulast aus den Verbundmitteln unterbleibt
(Kap. 13 10 Tit. 883 01 und 883 03)
(Drs. 16/7933)
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Fortführung Klimaprogramm Bayern unter Effizienzgesichtspunkten nach erfolgter Evaluation
(Kap. 13 31 neuer Tit.)
(Drs. 16/7934)
- III.**
Haushaltsgesetz 2011/2012
(Drs. 16/6880)
1. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Susann Biedefeld u.a. SPD
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2011 und 2012
(Haushaltsgesetz - HG - 2011/2012)
(Drs. 16/6880)
hier: Aufhebung der allgemeinen Wiederbesetzungssperre nach Art. 6 Abs. 2 Satz 2
Erhöhung der Stellen für die Beschäftigung von Schwerbehinderten nach Art. 6c
Aufhebung des Art. 15 (Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes - Eingangsbesoldung)
Art. 16 (Änderung der Jubiläumszuwendungsverordnung)
Art. 17 (Änderung der Wegstreckenentschädigungsverordnung)
(Drs. 16/7840)
Die Nr. 3 und teilweise die Nr. 4 des Änderungsantrags haben durch die Aufnahme in das Haushaltsgesetz ihre Erledigung gefunden.
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FW)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2011 und 2012
(Haushaltsgesetz - HG - 2011/2012)
(Drs. 16/6880)
hier: Rücknahme der Verlängerung der Wiederbesetzungssperre
(Drs. 16/7841)
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FW)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2011 und 2012
(Haushaltsgesetz - HG - 2011/2012)
(Drs. 16/6880)
hier: Wegfall des Stelleneinzugs nach Art. 6b
(Drs. 16/7842)
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FW)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2011 und 2012
(Haushaltsgesetz - HG - 2011/2012)
(Drs. 16/6880)
hier: Rücknahme der Sparmaßnahmen im Personalbereich
(Drs. 16/7843)
Die Nr. 1 des Änderungsantrags hat, soweit sie die Art. 16 und 17 betrifft, durch die Aufnahme in das Haushaltsgesetz ihre Erledigung gefunden.
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FW)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2011 und 2012
(Haushaltsgesetz - HG - 2011/2012)
(Drs. 16/6880)
hier: Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes
(Drs. 16/7844)
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2011 und 2012
(Haushaltsgesetz - HG - 2011/2012)
(Drs. 16/6880)
(Drs. 16/7845)
Die Nrn. 4 und 5 des Änderungsantrags haben durch die Aufnahme in das Haushaltsgesetz ihre Erledigung gefunden.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 07.04.2011 zu Tagesordnungspunkt 19: Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Susann Biedefeld u. a. SPD zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2011 und 2012 (Haushaltsgesetz - HG - 2011/2012) (Drs. 16/7840)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X			Dr. Goppel Thomas		X	
Aiwanger Hubert			X	Gote Ulrike	X		
Arnold Horst				Gottstein Eva			
Aures Inge	X			Güll Martin			
Bachhuber Martin		X		Güller Harald	X		
Prof. Dr. Barfuß Georg		X		Guttenberger Petra		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter			X	Hacker Thomas			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Haderthauer Christine		X	
Bause Margarete				Halbleib Volkmar	X		
Dr. Beckstein Günther				Hallitzky Eike	X		
Dr. Bernhard Otmar		X		Hanisch Joachim			X
Dr. Bertermann Otto		X		Hartmann Ludwig	X		
Dr. Beyer Thomas	X			Heckner Ingrid		X	
Biechl Annemarie		X		Heike Jürgen W.		X	
Biedefeld Susann	X			Herold Hans		X	
Blume Markus		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Bocklet Reinhold		X		Herrmann Joachim			
Breitschwert Klaus Dieter		X		Dr. Herz Leopold			
Brendel-Fischer Gudrun		X		Hessel Katja		X	
Brunner Helmut				Dr. Heubisch Wolfgang			
Dr. Bulfon Annette		X		Hintersberger Johannes		X	
Dechant Thomas				Huber Erwin		X	
Dettenhöfer Petra		X		Dr. Huber Marcel		X	
Dittmar Sabine	X			Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Dodell Renate		X		Huml Melanie			
Donhauser Heinz		X		Imhof Hermann			
Dr. Dürr Sepp	X			Jörg Oliver		X	
Eck Gerhard				Jung Claudia			X
Eckstein Kurt		X		Kamm Christine	X		
Eisenreich Georg		X		Karl Annette			
Dr. Fahn Hans Jürgen				Kiesel Robert			
Felbinger Günther				Dr. Kirschner Franz Xaver		X	
Dr. Fischer Andreas		X		Klein Karsten		X	
Dr. Förster Linus				Kobler Konrad		X	
Franke Anne	X			König Alexander		X	
Freller Karl		X		Kohnen Natascha	X		
Füracker Albert		X		Kränzle Bernd		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Kreuzer Thomas		X	
Gehring Thomas	X			Ländner Manfred		X	
Glauber Thorsten				Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Goderbauer Gertraud				Lorenz Andreas		X	
Görlitz Erika		X					

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula			
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz	X		
Matschl Christa		X	
Meißner Christian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Brigitte			
Meyer Peter			X
Miller Josef		X	
Müller Ulrike			X
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			X
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin			
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria			
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele		X	
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael			X
Pohl Bernhard			
Pointner Mannfred			X
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus			X
Reiß Tobias		X	
Richter Roland		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard			
Rötter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid	X		
Sackmann Markus		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria			
Schindler Franz			
Schmid Georg		X	
Schmid Peter		X	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schneider Siegfried			
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika			
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan			
Schweiger Tanja			
Schwimmer Jakob		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana			
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus			
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold			
Dr. Strohmayr Simone			
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Wägemann Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell			
Zeil Martin		X	
Zeitler Otto		X	
Zelmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	42	87	11